

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche v. 30. Dez. bis 5. Jan. 55 Goldpf. Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf { 905 nur Redaktion.
926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtgepaßte Seite
oder deren Raum 20 Goldpfennige, aus-
wärtige 25 Goldpf., Versammlungs-, Arbeits- und
Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige.
Reklame 80 Goldpfennige.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle

905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 2.

Donnerstag, 3. Januar 1921.

31. Jahrgang.

Gedankenarmut und Gemeinheit!

Dr. L. Lübeck, 3. Januar.

Der Wahlkampf der bürgerlichen Parteien steht im Zenith — der Gedankenarmut und der Gemeinheit. Höher geht es jetzt wirklich nicht.

Alle Versuche der sozialdemokratischen Wahlpropaganda, die bürgerlichen Parteien zu einem sachlichen Kampf zu bewegen, waren absolut erfolglos. Nicht mit sachlichen Waffen wird der Streit ausgetragen — soweit reicht das gute Gewissen und die Begabung der Doktoren vom Bürgertum nicht —, sondern mit einer Schlammschlacht persönlicher Hohn und Verleumdung.

Es ist wohl das Beste, wenn wir auch in dieser Polemik — ebenso wie in unseren Flugblättern — nur das Gewicht der Tatsachen in die Waagschale werfen. Nüchtern und sachlich sollen die gemeinen Entgleisungen der Gegenseite hier wiedergegeben werden. Sie werden für sich sprechen. Jeden anständigen Menschen werden sie mit Ekel erfüllen; wie Peitschenhiebe werden sie niedersauzen auf die Köpfe derer, die Unstand und Schreckensherrschaft über Vord geworfen haben: die „geistigen“ Häupter aller bürgerlichen Richtungen!

In den letzten Tagen erschien eine besondere Wahlzeitung des Zahntechnikers Dr. Lübeck. Darin steht folgende kleine Erzählung:

Ein Lübecker fuhr eines Tages im Spätsommer nach Hamburg. Im Bahnhof stand ihm gegenüber eine lebhafte alte Jüdin, die dauernd mit ihrem Gespräch beschäftigt war und schließlich folgendes Gesagtes ansing:

Scheens Mutter hält! — „Herrnholz!“

Sie müsse wissen, ich habe hatt wieder nach Haus ins Elsass — „So?“

Ja, ich war einst noch bei meinem Sohn, der hat hier eingeschult bei die Partei. Mit mir ja eigentlich Franzose, aber es tut ihm hier gut oszalle, da Lait wolle ihn zum Senator mache, hat er gesagt, doch kenne er mit ganz absehn. — „So, so, wer ist denn Ihr Herr Sohn?“ — „Dres will Se mit?“ Kenne Se mit den berühmten Dr. Leber, was ist mit Sohn?“ Uff den keine mer stolz für; alle Lait, sagte er, wegen ihm gern, bekommen de kleine Mutter. Vloss a bissel röter is der Sport, sagt er. Nu — wie habe es ja derzu, mein Mann hat e kleine Weihen und dees Geschäft geht bei unsre Lait immer gut. Ja, mer kenne zufriede sin. —

Damit wandte sie sich ihren Parteien wieder zu.

Der Lübecker blieb leisend zum Fenster hinaus und dachte: „Gütliche Mutter — armes Lübeck.“

Zunächst möchte ich dazu einige Tatsächlichkeiten bemerken:

1. Meine Mutter hat seit April vorigen Jahres deutschen Boden nicht betreten. Sie kann also auch ihr Spätsommer nicht von Lübeck nach Hamburg gefahren sein.

2. Meine Mutter ist keine lebhafte alte Jüdin, sondern eine ruhige und abgearbeitete katholische Arbeiterfrau.

3. Mein Vater hat keinen Viehhandel, sondern verdient sein kümmerliches Brot als Waldarbeiter.

Was ist an der Geschichte nun noch wahr?

Gibt es eine niederrädrigere Lumperei als jenen verlogenen Herrinnen der Mutter des politischen Gegners in den Wahlkämpfen?

Welcher anständige Lübecker mag mit solch charakterloser Gedankenlosigkeit noch in einem Atemzug genannt werden?

Mit Vorliebe nennen sich Subjekte, die ihre eigene Ehre so sehr in den Schmutz ziehen, die ehrliche Männer. Ich erkläre, doch das eine Beleidigung des ehrlichen deutschen Namens ist. Jedes Volk hat seinen Auswurf; aber nur in Deutschland ist es möglich, dass dieser ehrlose Auswurf eines Volkes sich bei jeder Gelegenheit als die „Blüte der Nation“ bezeichnet.

Ich habe Herrn Friede telefoniert, um ihn zu bitten, mir seinen Gewährsmann zu nennen, der das Eisenbahngespräch — so schön erfunden hat. Mit furchterlichen Schimpfwörtern hat er mir jede Auskunft verweigert. Und mir angedroht, er würde mir und meiner ganzen Gesellschaft etwas Schreckliches antun, wenn ich es wagte, ihn irgendwie an den Pranger zu stellen.

Selbstverständlich bin ich darob furchtlos erschrocken — am ganzen Leibe zitternd, hing ich mein Telefon wieder an. Und ich werde nie mehr den Mut aufbringen, irgend einen Deutschausschwätzchen auch nur noch mit einem Auge scheel anzusehen.

Ich muss gestehen, dass ich mich in einem Kampf mit Personen von der persönlichen und moralischen Qualifikation eines Friede nur höchst ungern befinde. Aber um der gedankenlosen Wahrnehmung gerade während des Wahlkampfes vorzubeugen, musste ich mich doch überwinden.

Friede ist nicht der einzige unerfreuliche Stern am Himmel von Lübecks öffentlichen Leben. Herr Rechtsanwalt Evers von der Deutschen Volkspartei kann sich ruhig neben ihm sehen lassen. Auch dieser Held des Bürgertums arbeitet mit unbewiesenen Eisenbahngesprächen von „Arbeitern“. Auch hier wird eine kleine Kostprobe genügen, um ein Charakterbild abzurunden:

Hein: „Wenn wie de Schmarotzer nicht in'n Senat wählen und Leber und Genossen nicht mehr durch die Verbandsbeiträge unterhalten, dann hätt hee of kein Brot mehr, denn arbeiten kann hee nich.“

Jeder Arbeiter wird sich totlachen; weiß er doch, dass ich mit den Verbandsgeldern nur insofern etwas zu tun habe, als ich auch Verbandsbeiträge bezahle.

Zweitens aber bin ich bereit, neben Herrn Ewers die Haxe oder ein anderes etwas schweres Instrument in die Hand zu nehmen. Mir will dünken, dass Herr Ewers dann auch sehr bald meine „Schlankheit“ hätte.

Weiter! Der General-Anzeiger bringt auf der ersten Seite ein „bezahltes“ Interview folgenden Inhalts:

Jeder aufrechte Republikaner, der sich nicht von einem Manne wie Dr. Leber mit der Peitsche regieren lassen will, stimmt am 6. Januar mit

Nein!

Zweifellos ein Höhepunkt geistigen Kampfes, wie er nur in dem von einem „General-Anzeiger“ völlig moralisch abgestumpften und politisch irrsinnig gerordneten Lübecker Bürgertum möglich ist. Wir haben dazu weiter nichts zu sagen.

Das Flugblatt der Zentrumsparthei redet seinen Leuten vor, wir hätten sechs sozialdemokratische und sechs bürgerliche Senator. Da es im ganzen aber dreizehn sind, so wird offenbar der gute Senator Kulenkamp zu der besonderen Partei der irrationalen Senatoren gerechnet. Was mit der Tatsache übereinstimmen würde, dass er sich seit einem Jahr nicht mehr mit Regierung angelegenheiten beschäftigt.

Immer wieder wird auch im Wahlkampf von der Zentrumsparthei Kinderhalskette gesprochen. Wir wissen nicht, ob der Stoßtrupp von Neumünster sehr stolz darauf ist, als Kinderkar hat bezeichnet zu werden. Aber wir wollen diese ewige Behauptung einmal als Tatsache annehmen. Und dann die Frage aufwerfen, seit wann es wohl üblich ist, dass man Kinder mit Gummiknüppeln, Totschlägern und Revolvern auf Reisen schlägt?

Um Antwort wird gebeten.

Herrn Haase-Lampe läuft der strahlende Raum der politischen Einheitsfront: Evers, Knie, Friede, nicht ruhen. Er will sich auch irgendwie beteiligen an der Schlacht mit den schmutzigen Schneebällen. Und er beginnt die Senatsämter zu verteilen an folgende Personen: Haut, Dreyer, John, Pietz, Haun, Brehmer, Roh, Nidell, Heilborn.

Es ist eine alte Ershaltung, dass allzu sehr ausgebreiteter Wahlkampf in plötzlich eintretende geistige Verwirrung aussetzt. Und Herr Haase-Lampe hat seinen Wahlkampf sehr, sehr früh begonnen.

Einstweilen genug für heute. Nur noch eine Tatsache sei festgestellt: Mehr und mehr bricht die öffentliche Wahlpropaganda der Rein-Parteien vor aller Offenheit zusammen. Moralisch ist sie jetzt schon in den Augen aller Anständigen gerichtet.

Wie Sozialdemokrat werden trotzdem den Boden des sachlichen Kampfes unter keinen Umständen verlassen. Erst nach der Wahl werden wir diesmal Abrechnung halten.

Der bisherige Erfolg hat uns recht gegeben. Duhndeweise teilen uns bürgerliche Wähler mit, dass sie der Schwatzkugel ihrer Parteien nie und nimmer folgen würten. Das sie für den Kampf ihrer Parteien nur ein Gefühl der Schmach und der Schande hatten. Auch sie werden mit Ja! stimmen.

Und noch etwas! Mehr und mehr werden im bürgerlichen Lager Stimmen laut, die an das schändbare Schreckgespenst Dr. Leber nicht mehr glauben. Die öffentlichen Versammlungen haben doch manchen eines anderen, besseren gebracht.

Wer wollte in Abrede stellen, dass die öffentlichen Versammlungen eine ganze Kette sozialdemokratischer Erfolge waren? An das Märchen vom sozialistischen Terror glaubt heute doch kein Mensch mehr. Ganz anders liegt die Wahrheit: die bürgerlichen Redner haben einen Reinsfall nach dem andern, eine furchterliche Abfuhr nach der andern erlebt.

Jetzt ändern sie die Taktik: Sie berufen öffentliche Versammlungen nicht mehr ein. Und sie lassen den Genossen Leber nicht mehr zur Diskussion sprechen.

Wem gibt das nicht zu denken? Man schaut seiner Schäfchen also doch nicht mehr so ganz sicher zu sein.

Meine Herren vom Bürgertum! Alle Aenderung der Taktik nützt ihnen nichts mehr. Das Volk hat schon geprahlt; und es wird am 6. Januar über Sie ein schreckliches Urteil fällen.

Sie werden die Quittung bekommen für Ihre Gedankenlosigkeit, aber auch für Ihre Gemeinheit.

Die Kampftimmung der Arbeiter und Angestellten, und seit der geistigen Versammlung auch der Beamten, ist ausgezeichnet. Die Einheitsfront der Beschäftigten, aller Lohn- und Gehaltsempfänger wird dem kapitalistischen Senat eine furchterliche Niederlage bereiten.

Es steht heute schon unwiderstehlich und unerschütterlich fest: Alle Arbeiter, Beamten und Angestellten wählen.

Ja!

Eine nachträgliche Rechtfertigung.

Berlin, 2. Januar.

Als die Sozialdemokratie im vergangenen Jahre wenige Monate nach dem Ruhrinmarsch und dem Beginn des passiven Widerstandes ein Verhandlungsangebot an die alliierten Mächte forderte, stand sie gegen einen wesentlichen Teil des verdeckten Bürgertums. Vernunftpolitik trieb zu jener Zeit nur die Sozialdemokratie, während die Mehrheit der bürgerlichen Parteien eine unverständliche Gefühlspolitik verlangte, die schließlich auch von der Regierung befolgt wurde. Mit einem Angebot an die fremden Mächte konnte deshalb erst herangetreten werden, als ich die Einsicht verallgemeinerte, dass der passive Widerstand nicht von unendlicher Dauer sein könnte und es fast zu spät war. Wir haben nie erwartet, dass der Fehler, der damals von allen bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie begangen wurde, jemals als solcher erkannt und bestätigt werden würde. Dennoch ist uns jetzt ein Rechtfertiger entstanden in dem neuen deutschen Memorandum an die alliierten Mächte, das verfasst ist von dem Reichskanzler Marx und Herrn Dr. Stresemann und dessen Inhalt durch eine englische Indiskretion in seinen wesentlichen Teilen an das Tageslicht gekommen ist.

Das Memorandum deckt sich inhaltlich im allgemeinen mit den Forderungen, die von unserer Seite schon zu einer Zeit aufgestellt wurden, als noch die Möglichkeit bestand, sie durchzusetzen, weil Poincarés Ruhrbesetzung damals den Höhepunkt des wenige Monate später nicht mehr ablauffenden Erfolges noch nicht erreicht hatte. Damals konnte kein Zweifel mehr darüber bestehen, dass die französische und belgische Regierung selbst bei starker Initiative Englands und Amerikas gegen den Besatzungswall an, das Ruhrgebiet restlos räumen würden, bevor nicht die Reparationen weitgehend zu einem großen Teile gezahlt worden sind. Die amtlichen Verhandlungen der französischen Presse, insbesondere über die wiederholten Erklärungen Poincarés, ließen unzweckmäßig darauf schließen, dass entweder das französische bzw. belgische Militär im Ruhrgebiet bleibt, bis eine zufriedenstellende Regelung der Reparationsfrage erfolgt oder aber sein früherer Platz gleich bedeutend sein würde mit dem Rücktritt Poincarés. Die Massenverhältnisse in Frankreich sprachen schon damals gegen den Abgang des heute noch amtierenden französischen Ministerpräsidenten, und in Anbetracht unserer eigenen Lage musste sich jeder darüber sein, dass Deutschland in dem Wirtschaftskrieg an der Ruhr unterliegt, wenn seine Regierung den Ausgang von Preisfrage abhängig machen würde. Gerade die verantwortlichen Politiker Cuno und Rosenberg hätten das wissen müssen. Es war deshalb ihre Pflicht, dem nationalistisch überzeugten Bürgertum mit gutem Beispiel vorzugeben und ihm klar zu machen, dass es notwendig ist, sich mit der Besetzung des Ruhrgebiets als vollzogene Tatsache vorläufig abzufinden und von diesem Gesichtspunkt aus ein Angebot an die Alliierten zu machen, das als Entgegengestellung die Herstellung der Verwaltungshoheit in den befreiten Gebieten, die Rückkehr der Gefangenen usw. fordert. Statt dessen handelt die Regierung Cuno damals gegen die Sozialdemokratie, deren Forderungen lediglich in Erkenntnis der tatsächlichen politischen Lage und der gegenseitigen Machtverhältnisse aufgestellt waren. Durch die Entscheidung gegen die Sozialdemokratie wandte sie sich gegen das Volk; denn wäre damals frühzeitig ein Angebot gemacht worden, noch bevor Poincaré auf dem Höhepunkt seines Erfolges im Ruhrgebiet angelangt war, dann wären uns die wirtschaftlichen Folgen des Zusammenbruchs der Ruhrkampagne sicherlich erspart geblieben.

Die Regierung Stresemann-Hilsdorff musste unter diesen Umständen die Amtsgeschäfte übernehmen, als Poincaré sich seiner Macht im Ruhrgebiet vollkommen bewusst war. In ihrer Erkenntnis der wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten brachte sie unter Zustimmung der Bevölkerung des Ruhrgebiets den passiven Widerstand ab, ohne aber das Verlangen bestimmter Zusicherungen an den Verzicht auf einen schon längst verlorenen Kampf knüpfen zu können. Die dann folgenden Wochen haben gezeigt, welche politische Dummmheit die von unserem Bürgertum in den Himmel gehobene Regierung Cuno begangen hatte, denn Poincaré bestimmte ohne Rücksicht auf deutsche Proteste, was im Ruhrgebiet zu geschehen hat, weil er über die tatsächliche Macht in den besetzten Gebieten verfügt. Erst jetzt, und nicht zuletzt unter dem Eindruck der englischen Wahlen, die zu einem Sieg der englischen Arbeiterpartei geworden sind, hat er sich zu Verhandlungen bereit erklärt. Die Regierung Marx muss nun versuchen, ihm ein Stück der im Ruhrgebiet gewaltsam angeeigneten Macht nach dem anderen zu entreißen, während im Mai bzw. Juni des vergangenen Jahres Gelegenheit war, da, was wir heute mit gutem Recht hinter und mit großen Zugeständnissen erkämpfen müssen, viel leichter zu erringen, wenn damals dem Drängen der Sozialdemokratie Folge geleistet worden wäre.

Der Inhalt des Memorandums, das noch im alten Jahre den alliierten Mächten überreicht wurde und in diesen Tagen beansprucht werden soll, liefert dafür einen treffenden Beweis. In dem ganzen Memorandum findet sich nicht ein Wort von der erforderlichen Räumung des Ruhrgebietes, sondern es erstrebt vorerst lediglich die Wiederherstellung der deutschen Finanz- und Verwaltungshoheit in den besetzten Gebieten. Schon im Mai 1923 verlangte die Sozialdemokratie mit der ausdeutlichen Betonung der Widerrechtlichkeit der Ruhrbesetzung ein Angebot auf der Basis der letzten an Poincaré geschickten deutschen Note, das weit-

gehende Zugeständnisse zur Regelung der Reparationsfrage mache, daran aber die Voraussetzung der Rückkehr sämtlicher Ausgewiesenen, Freilassung der Gefangenen und restlose Wiederherstellung der Verwaltungshoheit knüpfe. Die Ablehnung dieser ausschließlich aus nationalen Gründen gestellten Forderung müsse unser Volk mit endlosem Elend bezahlen. Ein Rückblick auf das Wirtschaftsjahr 1922 spricht geradezu Bände, in wie leichtsinniger Weise deutsches Gut und Blut von den bürgerlichen Parteien nicht nur dem Gegner ausgeliefert, sondern restlos vernichtet wurden. Nur ein Volk, das aus dieser Tatsache, dessen Folgegerdein die Arbeitslosigkeit und die fortwährenden Beamtenentlassungen bildet, bei den kommenden Reichstagswahlen die Schlussfolgerungen zieht, und der bürgerlichen Politik insgesamt die Quittung erzielt, ist eines anderen Schicksals wert als wie es ihm im Verlauf des Jahres 1923 zuteil wurde.

Verjährliche Stimmung in Paris?

SPD. Paris, 2. Januar. (Sig. Dr. Rothber.)

Die Ausprache mit den Hoffnern, die gelegenheit des Neujahrsfestes auf politisch-diplomatischem Gebiet ausgenutzt wurde, war entschieden auf einen verjährlichen Ton gekommen, als im vergangenen Jahr. Damals hat Millerand es beim Neujahrsfest des diplomatischen Corps für angebracht gehalten, Deutschland in Gegenwart seines amtlichen Vertreters aufzuschärfen zu drücken. Diesmal ist der Empfang nicht nur ohne jeden Zwischenfall verlaufen, sondern es ist sogar von der "nauen Morenkiste" der Versöhnung und des endgültigen Friedensschlusses" gesprochen worden. Wie Herr Poincaré hat in einer an das französische Volk gerichteten Botschaft Dinge gelegt, die man in diesem Munde sonst nicht zu hören bekommt. Er hat der "Temps" durch praktische Mittel und entgegenkommende Maßnahmen mitzuhelfen und versicherte im Hinblick auf die demnächst beginnenden Beratungen der Sachverständigencommission ausdrücklich, dass Frankreich sich jedem vernünftigen Vorstoss zur Lösung des Reparationsproblems zweifriglich zeigen werde, soweit dadurch nicht der Text des Friedensvertrages verletzt werde. Es wird abzuwartenbleiben, wie weit die Taten der französischen Regierung mit diesen schönen Worten übereinstimmen werden. Die Aussichten dafür sind leider nicht die besten. Nach allem, was bisher über die Sitzung der französischen Regierung zu dem jüngsten "Modus vivendi" bekannt geworden ist, wird man die Hoffnung auf einen positiven Erfolg der Verhandlungen über einen modus vivendi im Rheinland und angrenzender Seite fest herabzubauen müssen. Der "Temps", der darauf bereits seit einiger Zeit vorbereitet, berichtet heute, der deutschen Regierung die Verantwortung dafür in die Schuhe zu schoben, mit dem Argument, man könne nicht eindeutige Vorteile für sich verlangen, ohne selbst etwas Nützliches dagegen anzubieten. Die deutsche Regierung aber habe es versäumt, im Austausch für die von ihr gewünschten Konzessionen neue Zahlungsflüchtigkeiten anzubieten.

In Erwartung der französischen Antwort.

In den nächsten Tagen dürften die französischen und belgische Regierung ihre Antwort auf das deutsche Memorandum den deutschen Gesandtschaftern in Paris und Brüssel übermitteln. Obwohl noch nicht klar ist, welche Schalt die Erwideration der beiden Regierungen hat, kann doch angenommen werden, dass sie die Aufnahme sofortiger Verhandlungen über einen modus vivendi im Ruhrgebiet nicht ohne weiteres ermöglichen. Die in den letzten Tagen durch die Havas-Agentur verbreiteten Erklärungen geben zu einem starken pessimistischen Anlass und scheinen tatsächlich überhaupt den Zweck zu haben, den von Deutschland erzielten Verhandlungen neue Schwierigkeiten entgegenzustellen.

Keine Koalition in England.

London, 31. Dezember.

In einer Rede sprach sich Macdonald wieder gegen jeden Gedanken an eine Koalition aus. Er sagte: Wenn wir die Macht übernehmen, so übernehmen wir sie in unserer Eigenschaft als Arbeitervarietät. Will die eine oder die andere Partei gegen uns stimmen, so möge sie es tun und die Folgen auf sich nehmen. Wir werden solche Vorschläge machen, von denen wir überzeugt sind, dass sie eine nationale Notwendigkeit sind.

Macdonalds Programm.

SPD. London, 2. Januar (Sig. Teleg.).

Ramsey Macdonald, der voraussichtliche Chef der kommenden englischen Regierung, hat auf vier ihm vorgelegte Fragen in einer Broschüre geantwortet, deren Inhalt sich wie folgt zusammenfassen lässt:

Macdonald glaubt nicht an die Möglichkeit einer Allianz zwischen England und Amerika, aber er hofft, dass Amerika dem englischen Volk in seinen wirtschaftlichen Nöten zu Hilfe kommen werde, wenn es erst die Überzeugung erlangt habe, dass die englische Politik aufrichtig und ehrlich ist. In Bezug auf Europa bewertet Macdonald als ein Anhänger der Solitaria des Gleichgewichts, dass kein verantwortungsbewusster Staatsmann, solange seine Nachbarn bis an die Zähne bewaffnet seien, einer völligen Abtrennung das Wort reden könne. Das europäische Gleichgewicht werde auch in einer Arbeiterrégierung in England energische Verfechter finden. Der internationale Handel und das Kreditwesen müsste auf eine neue Basis gestellt werden, die deren Umwandlung in eine zum Besten der Gemeinschaft arbeitende Unternehmung führe. Die Frage, ob eine Arbeiterrégierung in England Sowjetrußland anerkennt, werde, beantwortet Ramsey Macdonald mit einem unumstößlichen Ja. Er hoffe ohne Vergleich mit Moskau in Verbindung treten und den Gütertausch mit allen Nationen fördern zu können.

*

SPD. London, 2. Januar. (Sig. Telegramm).
Sei näher der Hintergrund rückt, an dem das Kabinett Baldwin gezwungen ist zu rück, aus seiner Wahlniederlage die unvermeidlichen Konsequenzen zu ziehen, um so verzweigt werden die Anstrengungen der Konkurrenten, durch ein Maßnahmen den Übergang des Kabinetts an die Arbeitspartei zu verhindern. Sei ebenfalls hat man im konservativen Lager die Hoffnung auf ein Kompromiss zwischen den Liberalen oder doch wenigstens mit deren gemäßigten Flügeln noch nicht ganz aufgegeben. Baldwin, der am Mittwoch nach London zurückgekehrt ist, müsste sich nun die Abfuhr einer Regierungserklärung, die, indem sie alles vermeint, was den liberalen Kurs zur Opposition geben könnte, eine Brücke legt, soll zwischen den beiden bürgerlichen Parteien. Er wird darin von einflussreichen Kreisen seiner eigenen Partei ermuntert und bestärkt. Besonders ist es die Londoner City, die das Schreckgespenst einer Arbeiterrégierung alle Reiter und Saradzholung vergehen lässt. So

hat dieser Tage der Vorsitzende der Konservativen Vereinigung von London ein erst heute bekanntgewordenes Schreiben an Baldwin gerichtet, in dem er ihn beschwert, nichts unversucht zu lassen, um durch eine Verständigung mit Asquith die Arbeitspartei von der Regierung fernzuhalten. Das Echo, das diese Initiative in der liberalen Presse gefunden hat, wird es Baldwin nicht erlauben erheben lassen, die einen Rat zu folgen. Das Droren Asquiths, die "Westminster Gazette" insbesondere lässt keinen Zweifel, dass einem derartigen Versuch ein eklatanter Misserfolg befürchtet sein werde, denn sie schreibt, die Lage sei heute unverändert die gleiche, wie sie Asquith in seiner Rede im Liberalen Club gekennzeichnet habe. Die Liberale Partei denke jedenfalls nicht im entferntesten daran, der Labour Party den Weg zur Regierung zu verippen.

Die Zureise ins besetzte Gebiet.

Dortmund, 2. Januar.

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat neuerdings folgende Verfügung erlassen:

"Den gezeigtenjenigen Verhältnissen entsprechend wird zu, die im besetzten Gebiet entlassenen Personen der Verkehr zwischen diesem Gebiet und dem unbefestigten Deutschland freigegeben." Die Verfügung enthält gleichzeitig Befehlskrieffen, aus denen hervorgeht, dass die Einreise in das heilige Deutschland jetzt wieder auf Grund eines Personalausweises möglich ist, der von der Ortspolizeibehörde ausgestellt werden muss. Wer ohne Personalausweis bzw. Pass der jeweiligen Polizeibehörde in das besetzte Gebiet reist und festgestellt wird, läuft Gefahr, eine Geldstrafe zu erhalten.

Bestrafung eines thüringischen Ministers.

Weimar, 2. Januar. (Sig. Dr. Rothber.)

Im Laufe des Mittwochmittags wurde der thüringische Staatsminister des Innern, Herrmann, wegen angeblicher Verschleierung verhaftet. Die Verhaftung erfolgte auf Grund von Feststellungen der von der Reichsregierung nach Weimar entsandten Kommission unter dem Kommissar Kuenzer. Es soll sich herausgestellt haben, dass in der letzten Zeit eine große Anzahl von Beamten neu eingestellt worden ist und in den Ausstellungsräumen u. o. Fälschungen vorgenommen worden seien. Insbesondere soll das Ausstellungsdatum nachträglich vordatiert worden sein, um den Eindruck zu erwecken, dass die Anstellungen bereits früher erfolgt sind. In der gleichen Angelegenheit wurde auch der Regierungssassessor Kunze am 31. Dezember verhaftet.

*
Die Nachricht wird nicht verschleiern, großes Aussehen zu erregen, umso mehr weil die Energie der Reichsregierung sich so großartig gegen Thüringen entfaltet, während man nichts davon gehört hat, dass dieselbe Reichsregierung gegen Gesetzesverstöße gegen britisches Machtübernehmer vorgegangen wäre. Offenbar ist das Vorgehen des Generals v. Losow lange nicht von der großen Bedeutung wie die angebliche Verfehlung des thüringischen Ministers. Die angebliche Verfehlung! Denn wir wollen erst abwarten, worum es sich eigentlich handelt. Und obzw. wir irgendwelche Verfehlungen oder Unregelmäßigkeiten sicher nicht deden werden, so schenken wir den wütenden Beschuldigungen der thüringischen bürgerlichen Parteien zunächst noch nicht den geringsten Glauben.

In welche Heftesbeschaffenheit die thüringischen Parteien sich allmählich verlebt haben, zeigt ja am besten die Tatsache, dass in dem "Ordnungsbund", zu dem sie sich zusammengeschlossen haben, nicht nur Deutschnationale, Landbund, Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokraten vereint sind; diesen Ordnungsbund gehören auch an die Deutschösterreichische Freispartei, die Nationalsozialistische Arbeiterpartei, der Jungdeutsche Orden und der Stahlhelm. Demokraten und Zentrum haben sich also gegen die Sozialdemokratie mit den geschworenen Feinden der Verfassung, mit den politischen Organisationen der Putschisten, mit den Herrschern des Erzberger- und Rothenauamordes zusammengesellt. Das ist der Ordnungsbund, von dem auch die Beschuldigungen gegen die thüringische Regierung ausgehen.

Die Verhaftung des Ministers ist auch deshalb so merkwürdig, weil ein Fluchtverdacht gänzlich unbegründet ist. Auch die Frage muss aufgeworfen werden, wie denn diese Verhaftung mit der parlamentarischen Immunität in Einfang zu bringen ist. Dabei ist es auffallend, dass die Reichsregierung, wie wir wissen, Verfehlungen des thüringischen Staatsministeriums ohnedies zu einer Auseinandersetzung nach Berlin geladen hatte. Ohne diese abzuwarten, ist nun der Innenminister verhaftet worden. Die Reichsregierung wird sich darüber klar sein, dass sie jedenfalls der Leidenschaftlichkeit schleunigst volle und rücksichtslose Auflösung schuldig ist.

Zur sächsischen Regierungskrise.

Dresden, 2. Januar.

Die Verhandlungen der Parteiauftragten über die Bildung einer großen Koalition, die am Mittwoch fortgesetzt wurden, sind noch immer nicht zum Abschluss gekommen. Das voraussichtliche Ergebnis dieser überaus schwierigen Verhandlungen ist noch unbestimmt, doch wird vielsch. besonders auf bürgerlicher Seite, angenommen, dass die jetzige Regierungskrise, die als hochbedeutsame Wendepunkte für die jüngste Entwicklung der inneren sächsischen Politik zu werten ist, durch die große Koalition gelöst wird. Über den kommunistischen Anttag zur Landtagsaufstellung soll am Donnerstag durch den besonders eingesetzten Ausschuss entschieden werden, dem vorher von dem bisherigen Ergebnis der Verhand-

Börse.

Am Mittwoch wurden auf dem Devisenmarkt auf die Devisen London 20 Proz und auf die Devisen New York und Amsterdam 15 Proz zugekehrt. Pfundnoten wurden mit 20 Proz. und Dollarnoten mit 6 bzw. 15 Proz. repatriert. Die anderen Valuten erhielten keine Zuteilung. Beobachter wurden bedeutende Abgaben in französischer Francs, da sich der Franc weiterhin verschlechtert. Gegenüber den Vorlagen liegen größere Ansforderungen an ausländische Zahlungsmittel vor, die wahrscheinlich im Zusammenhang mit den schwächeren Marktursen im Auslande stehen.

Auf dem Devisenmarkt hielt die Zurückhaltung bei wesentlich höheren Preisforderungen an. Weizen wurde mit 167 bzw. 169 gegen 170 bzw. 163 und Roggen mit 147 bzw. 150 gegen 145 bzw. 147 Goldmark am Montag notiert.

lungen über die Registrierungsbildung Kenntnis gegeben wird. Im Falle des Scheiterns dieser Verhandlungen wird in unterschiedlichen parlamentarischen Kreisen damit gerechnet, dass bei Stimmenthaltung der Kommunisten ein rein bürgerliches Übergangskabinett aufzustellen, dessen erste Handlung die Landtagsauflösung wäre. Zwischen den bürgerlichen Parteien des Landtages haben tatsächlich bereits entsprechende Beratungen stattgefunden, und sind am Mittwoch zu einem gewissen Abschluss gebracht worden.

Kohnkampf in der Berliner Metallindustrie.

Die Ansicht der Berliner Metallunternehmer, im neuen Jahre die Löhne erheblich zu reduzieren, hat zu schweren Konflikten in der Berliner Metallindustrie geführt. Der von den Unternehmern eingerissene Lohnabbau beträgt durchweg 20 Proz. und steht z. B. für einen geleinten Metallarbeiter, der in Zeitschriften steht, eine Herabsetzung des Durchschnittslohnlohn von rund 60 auf 44 Penny vor. Auf einstimmigen Beschluss der zugehörigen Betriebsräte verzögerten die Berliner Metallarbeiter am Mittwoch die Aufnahme der Arbeit unter den neuen Bedingungen, während die Arbeitgeber aussdrücklich die weitere Gültigkeit der letzten im November getroffenen Vereinbarungen ablehnen. Infolge dieser Differenzen kam es in einer Reihe von Betrieben zu Aussperren. Beetroffen sind u. a. Teile der AEG, des Siemens-Konzerns und der Bergbau A.G. Der von der Behörde bestellte Schlichter hat den Verhandlungstermin auf Donnerstag anberaumt.

Berlin, 2. Januar 1923.

In dem Kampfe, der in der Berliner Metallindustrie vorsteht, haben die Unternehmer heute bereits die ersten Schritte unternommen. Entsprechend der Weisung der Betriebsräte, das Lohnabzug abzulehnen, nicht zu den neuen Löhnen zu arbeiten, die von dem Betriebe Berliner Metallindustrieller einzogen waren, haben die Arbeiter, sofern sie heute früh bereits von den Unternehmern vor die Alternative gestellt wurden, zu den neuen Löhnen zu arbeiten, dieses Ansinnen abgelehnt, während umgekehrt, wo die Arbeiter die niedrige Lohnzahung nach dem Dezember angeforderten, die Unternehmer an ihrem Standpunkt der Lohnkürzung festhielten. In einer Reihe von Betrieben kam es trotzdem des Lohnabzugs zu passiver Resistenz, die von den betreffenden Unternehmen mit der Aussertung der Beleidigung beantwortet wurde. Bis Redaktionsschluss waren uns etwa 20 Fälle von Aussperren bekannt, deren Zahl sich jedoch im Laufe des Tages noch wechselt zu vermeiden kann.

Die eigentliche Einigung wird wohl morgen erfolgen, falls es bis dahin nicht etwa noch gelingen sollte, auf dem Verhandlungsweg eine Verständigung zu erzielen. Das ist freilich im Handumdrehen nicht möglich, da auf der Gegenseite bisher wenig Neigung dafür gezeigt wurde. Die Berliner Metallarbeiterkämpfer ist jedenfalls sehr enttäuscht, dass dem Betriebsrat des BBM nicht zu unterwerfen. Letzt der BBM nicht sofort ein, gelingt es auch dem Eingreifen des Reichsarbeiterschutzes nicht, ihn dazu zu bewegen, dann kommt es in der Berliner Metallindustrie zu einem Lohnkampf, der riesige Dimensionen anzunehmen droht.

*
Bei der AEG ist das Dynamowerk, die Lokomotiv- und Akkumulatorenfabrik in Minden darf gezogen, während die Kabelwerke und die Transformatorfabrik noch arbeiten. Bei Borsig, den Berghausen-Werken und einer Reihe anderer Großbetriebe wird nicht gearbeitet. Auch der Siemens-Konzern ist größtenteils in die Bewegung einbezogen. Nach der B.S.-Korrespondenz nimmt der BBM am morgen nachmittag zu der Bewegung Stellung, die er durch sein Diktat herausgeschworen hat.

Gewerbe und Hypotheken.

Die vom Reichsfinanzminister Dr. Luther bereits für Januar geplante dritte Steuernotverordnung, die gegen den allergrößten Schwierigkeiten und wird deshalb nun noch genügend Zeit auf sich warten lassen. In der Verordnung sollte, ausgehend von dem Verbot der Hypothekenaufwertung enthalten sein die Mietzinssteuer, die Besteuerung der Obligationen und schließlich waren darin auch einige grundlegende Bestimmungen über den Finanzausgleich zwischen dem Reich und den Ländern vorgezogen.

Aber in jeder Frage, die durch diese Verordnung geregelt werden soll, bestehen erhebliche Meinungsverschiedenheiten, sowohl innerhalb der Reichsregierung als auch zwischen dem Reich und den Ländern und innerhalb der Parteien. Gegen das von dem Reichsfinanzminister Dr. Luther beschlossene völlig Verbot der Aufwertung der Hypotheken sind auch von den bürgerlichen Parteien so starke Bedenken geäußert worden, dass gegenwärtig erwogen wird, ob nicht eine teilweise Aufwertung zugelassen werden soll. Durch diese Pläne wird die Abänderung des Entwurfs der Mietzinssteuer wohl kaum zu umgehen sein. Sie wird von der Regierung auch erwogen, weil Form, Tempo und Höhe dieser Mietzinssteuer, sowie die Verwendung ihrer Erträge in den Kreisen der Mieter eine gewaltige Gegenbewegung ausgelöst hat. Die Reichsregierung wird sich darüber klar sein, dass sie jedenfalls der Leidenschaftlichkeit schleunigst volle und rücksichtslose Auflösung schuldig ist.

Aber in jeder Frage, die durch diese Verordnung geregelt werden soll, bestehen erhebliche Meinungsverschiedenheiten, sowohl innerhalb der Reichsregierung als auch zwischen dem Reich und den Ländern und innerhalb der Parteien. Gegen das von dem Reichsfinanzminister Dr. Luther beschlossene völlig Verbot der Aufwertung der Hypotheken sind auch von den bürgerlichen Parteien so starke Bedenken geäußert worden, dass gegenwärtig erwogen wird, ob nicht eine teilweise Aufwertung zugelassen werden soll. Durch diese Pläne wird die Abänderung des Entwurfs der Mietzinssteuer wohl kaum zu umgehen sein. Sie wird von der Regierung auch erwogen, weil Form, Tempo und Höhe dieser Mietzinssteuer, sowie die Verwendung ihrer Erträge in den Kreisen der Mieter eine gewaltige Gegenbewegung ausgelöst hat. Die Reichsregierung wird sich darüber klar sein, dass sie jedenfalls der Leidenschaftlichkeit schleunigst volle und rücksichtslose Auflösung schuldig ist.

Ebenso wird erworben, ob die Entlastung der Hypothekenhalter und der Schuldner von Obligationen, die durch das Verbot der Aufwertung von Hypotheken entsteht, nach den bisherigen Plänen steuerlich genügend erfasst wird. Besonders die Besitzer von Hypotheken und Obligationen, die durch ein Verbot der Aufwertung völlig enteignet würden, sehen in der ganz unzulänglichen Belastung der Obligationen und in der völligen Steuerfreiheit der landwirtschaftlichen Hypotheken eine gewaltige Begünstigung dieser kapitalistischen Kreise.

Parteitag am 30. März.

Der Parteivorstand hat vorbehaltlich der Zustimmung des Parteiausschusses beschlossen, den Parteitag auf den 30. März nach einer mitteldeutschen Stadt einzuberufen. Die Stadt selbst ist noch nicht bestimmt.

Das Wirtschaftsjahr 1923.

II. (Schluß.)

Als der politische Umsturz im Spätsommer 1923 den Abbruch des Papiermarktes durch Deutschland brachte, hatte sich die Inflation völlig erhöht. Noch im Juli wurden für den Dollar 1.100.000 Papiermark bezahlt, im September kostete er bereits 12.200 Millionen, im Oktober 72.500 Millionen und im November sogar 220 Millionen Papiermark. Der Krieg aber nur die „deutschen“ Kurie, d. h. die Zwangslösse. Im Auslande, wo man vielfach die Verlängerung der Reichsmark einstellt, und im besetzten Gebiet, wo eine massive Spekulation, die z. T. in den Reihen des Kriegs- und Unternehmenswesens und der Reichsfinanz saß, eine einheitliche Devisenpolitik des Reiches durchführte, wurde ein Bleibetrags an Papiermark als Tollerpreis genommen. Allerdings waren diese Kurie, besonders im Auslande durchaus akzeptabel, d. h. nur geprägt von Trockenheit. Später für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft sprühen historische Bedeutung. Zunächst verknüpften sie in Deutschland die ausländischen Kurien mit den Devisenreserven, besonders der Bevölkerung, besonders der Zeitungsverteilung. Es kam zu blutigen Hungersnoten, als die Hakenkreuze nach nahe Witterung erheblich verschärft wurde und schlecht arbeitete. Die Ernten an Getreide und Öl ergaben erstaunliche Ergebnisse, die infolge der Devisenmangel durch Einfluss aus dem Auslande nicht ausgegenutzt werden konnten. Getreide und Zuckerrohr erbrachten nur 10 Millionen bezw. 55,1 Millionen Doppelzentner gegen 436,7 Millionen bzw. 107,9 Millionen Doppelzentner im Jahre 1922. Das war an und für sich verknappete Ware wurde durch Landwirte und Industrie zum Handel gebracht, da die Leute auf neue Preise steigungen spekulierten und im übrigen mangelten von der Erfahrung keine lebten. Der Sohn des Arbeiters aber, der sich nach einer politischen Karriere stellte, in sozialer Weise wie in finanzieller Weise, wurde durch Papiermark ausgeschlossen, ja nicht einmal aus dem Frieden zurückkehren. Der Konsumus wurde Preise bezahlen, in denen 2-300 Prozent Verluste enthalten waren. In jener Zeit reichte ein Wochenverdienst kaum zum Überleben eines Gegenstandes aus, für den im Frieden der Ertrag einer Arbeitsstätte wenig möglich, die Wirtschaft verlor. Die Herstellung und die Produktion der Waren standen völlig, die Wirtschaft verlor.

Die Einführung der wertbeständigen Goldmark als Mittel, besonders der Goldmark und der Rentenmark, brachte dann endlich den entscheidenden Schritt auf währungstechnischem Gebiet. Es bedeute vor allem den Bruch mit den bis dahin unzähligen Papiermarkstabilisierungssystemen und war schon aus dem Grunde notwendig, weil das Monarchicum die Papiermark abschaffte, repudierte. Dadurch die reiche Getreideernährung überzeugt werden konnte. Dem Zweck, die Ernte zu mobilisieren und die härtliche Verdunstung so lange vor dem Hunger zu schützen, bis internationale Anteile an die Lage entspannen, sollte besonders die durch Subventionen gepeilte Papiermark in erste Linie dienen. Obwohl sie nicht einlösbar ist, brachte sie sich zur Lösen ein. Ohne weiteres ist sie für jede oft bestrittene Ausschöpfung qualifiziert, über die wir zu einer endgültigen Lösung und zu einer neuen Währung kommen sollen. Wenn Deutschland aus den verhängnisvollen Jahren die es aus dem Ende der Inflation und des Dumping empfunden hat, wirtschaftspolitisch einsichtsvoll genug ist, kann es jetzt im Zeichen der Rentenmark keinen Harsh-It in Ordnung bringen, seine Wirtschaft regulieren und fremde Kapitalien heranziehen.

Die Entwicklung zum festen Geld läuft mehr zeitlich als urteilslich mit dem Frühjahr zusammen. Es muss immer wieder betont werden, dass die von uns aufgeworfene Tendenz, das deutsche Preisniveau über das des Weltmarktes zu heben, die im Herbst eingetretene Wendung auf währungstechnischem Gebiet bedeutet. Durch Übersteuerung der deutschen Waren schrumpften Produktion und Handel immer mehr und mehr ein. Im Oktober betrugen die Einfuhren an Lebensmitteln und Getränken 2.861.500 bezw. 10.700.000 Doppelzentner gegen 1.227.000 bzw. 22.137.000 und 1.578.400 Doppelzentner im Monatsdurchschnitt 1922. An Ausfuhren wurden im genannten Monat festgestellt: Lebensmittel und Getränke 8.912.000, halfserlöse Waren 7.181.500 und fertige Waren 3.600.000 Doppelzentner. Die Ausfuhren im Monatsdurchschnitt 1923 betragen jedoch 1.202.300 bezw. 11.893.000 bezw. 4.603.400 Doppelzentner. Die Einfuhr der wichtigen Baumwolle sank im Oktober 1923 von 151.470 gegen 261.550 und die aus Eisenwaren auf 1.089.930 gegen 1.178.110 Doppelzentner im Monats-

durchschnitt 1922. Die Verschärfung der Wirtschaftslage verursachte eine katastrophale Arbeitslosigkeit; im Oktober 1923 kamen auf 100 offene Stellen 787 männliche und 356 weibliche Bewerber gegen ungefähr 180 im Monatsdurchschnitt 1922. Die Zahl der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder, die im Anfang des Jahres 1923 noch 2,8 Prozent betrug, stieg auf 19,1 Prozent, während die in England in dieselbe Zeit von 14 Prozent auf 19,9 Prozent sank. Deutschland wurde so das Land mit der größten Arbeitslosigkeit. Trotzdem haben die Arbeiter noch kein neues Bild der Lage, da der größte Teil der Arbeiter Kurzarbeiter war, in den Textil- und Lederbranchen konnten nur 10 Prozent aller Arbeiter voll beschäftigt werden. Die kapitalistische Wirtschaft dachte bei mir nur an Reformen. Sie stellte sich die Preisüberzeichnung in Deutschland bis zur Unterbewertung des eben eingeführten festen Geldes. Der Goldstand des Großhandelsindex stieg von August bis Ende Oktober von 25,8 auf 129 und erhöhte sich in der kritischen Zeit, als die Preisüberzeichnung sich allgemein durchsetzte, also in der Zeit vom 30. Oktober bis zum 27. November, von 120,5 auf 142,3. Erst Mitte Dezember unterlag er kleinen Abschwächungen, die aber bald zum Stillstand kamen. Die deutschen Waren wurden damals die teuersten auf dem Weltmarkt. Weil eben die deutschen Preise höher waren und trotz vieler verbilligenden Faktoren weit über den Friedenspreisstand lagen. Es kostete: Rogen im Frieden 16,43 M., in der Woche vom 12. bis 17. November 1923 18,86 M., Rogenpreis (Wochenpreis) 20,25 M. im Frieden und 21,16 M. in der Woche vom 26. 11. bis zum 1. 12. 1923. Steinbock 12 M. im Frieden und 24,82 M. am 15. November. Rogenpreis 10,50 M. im Frieden und 31,50 M. am 24. November. Es handelte sich um einen Preisanstieg von 14,50 M. und 47 M. Ende November. Die kapitalistische Wirtschaft und der kapitalistische Handel führen die Arbeitsteilung unter Berücksichtigung auf die Wasserkosten durch. In Wirklichkeit ist sie nichts anderes als Gewinnkosten und Wettbewerb. Die Reaktion hat dem Standort entschieden zu, während die neu eingeführte Rentenmark ein überzeugendes Preisniveau stellte und die Krise eingemessen. Wenn etwas das neue wertbeständige Zahlungsmittel kostet, dann ist es die ehemals übliche, durchaus ungerechtfertigte Preisgestaltung des Unternehmers und des Händlers.

Das Wirtschaftsjahr 1924 beginnt so unter den üblichen Bedingungen. Staat und Wirtschaft haben die Mittler der Arbeit und Bevölkerung ausgenutzt, um eine einseitige Wirtschaftsreform, deren Kernstück die Verkürzung des Arbeitstages ist, vorzubringen. Sie plaudern, auf Kosten der Arbeiterschaft eine allgemeine Reform der Wirtschaft, die nur die notwendige Steigerung der Produktion garantieren kann, verhindern zu können. Die Zukunft wird diesen Tatsachen aufdecken. Kommen wir nicht bald zu einer Erhöhung der Strafe und zu einer Belohnung des Exports durch eine innere Reform der Wirtschaft und endgültige Umgestaltung in der Preispolitik, dann wird die Bilanz des Wirtschaftsjahrs 1924 noch katastrophaler sein als die des abgeschlossenen Jahres.

DEVISCHER-KETZER.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	2. Januar.	31. Dezember.
(in Millionen)		
Amsterdam	10.	1.015.000
Buenos Aires	1 Peso	1.820.675
Brisbane (Australien)	1 Fr.	189.725
Kristiania	1 Kr.	618.468
Kopenhagen	1 Kr.	746.180
Stockholm	1 Kr.	1.111.210
Helsinki	1 Finn. Mk.	11.242
Rom	1 Lira	184.5.8
London		18.154.500
New York	1 Dollar	4.189.500
Paris	1 Frs.	216.478
Zürich	1 Frs.	741.145
Madrid	1 Peso	547.6.8
Portugal	1 Escudo	138.662
Japan	1 Yen	1.975.050
Rio de Janeiro	1 Milreis	893.015
Wien	1 Kr.	59.550
Piran	1 Kr.	128.440
Jugoslawien	1 Dinar	47.481
Ungarn	1 Kr.	220.514
Bulgarien	1 Lewa	29.925

Patriotismus der „Kreuzzeitung“.

„Deutschlands unsaubere Nachbarschaft.“ — „Das sogenannte Vaterland.“

Eine deutsch-nationale Dame, Cecile Barnewitz, hat eine in Frankreich verstorbene Luxemburgerin berichtet, kann aber infolge der internationalen Versicherungen die Erbschaft nicht oder nicht ganz ausbezahlt bekommen. Was sie erhielt, bekam sie nicht in Frankreich, sondern in „einer kleinen Pariserumme“, außerdem ist nach ihrer Meinung ihr Erbrecht vom Deutschen Reich nicht mit genügend Nachdruck vertreten worden. Ganz klar wird man aus der Darstellung der Dame nicht, desto klarer aber sind die Gefühle, denen sie in der „Kreuzzeitung“ folgenden freien Raum lassen darf:

Also zuerst Auszeichnung an die Mutter in Frankreich, und wenn dann Deutschland in seiner unsauberen Nachbarschaft mich fast enteignet und den Rest Frankreich an sich nahm und mir eine kleine Pariserumme auszahle, so muss ich mich vorläufig aufzustehen geben, bis der große Tag der Abrechnung kommt. So aber will Deutschland . . . das endlich freiwerdende Vermögen an sich reißen, denn es braucht ja Devisen.

Dies, verehrte Schriftleitung, ist ein einziger Ausschnitt aus dem Leidenswege eines kleinen Teiles des deutschen Volkes. Und wenn es eine Sache ist, dass Frankreich das Privateigentum der Deutschen raubt — eine viel größere Sache ist der brutale schamlose Raub des eigenen sogenannten Vaterlandes an den Landeskinder.

Deutschland ist das Land der Rechtlosigkeit!

Wenn hungrende Proletarier über das Vaterland gelegentlich einige billige Bemerkungen wagen, töbt die „Kreuzzeitung“ über marxistische Vaterlandstreigheit. Tausch Millionen dieser Proletarier im Krieg für das Vaterland bluteten, hört sie dabei nicht im geringsten. Eine als reichliche Devisenbasis versehene deutsch-nationale Erbin aber darf, wenn sie sich mit Recht oder Unrecht in ihren Hoffnungen enttäuscht sieht, in der „Kreuzzeitung“ das Vaterland mit den unmissigsten Ausdrücken beehneln.

Deutschlands Beleidigungszwille.

Brüssel, 31. Dezember.

Reichskanzler Marx hat den Sonderberichterstatter des Brüsseler demokratischen Blattes „Dernière Heure“ empfangen. Er erklärte ihm, der jüngst erfolgte Schritt sei in dem gleichen Geiste unternommen worden, wie der durch die Niederlande Vorgänger vom 2. und 8. Dez. auf die französische Antwort erfolgt sei. Deutschland werde alles tun, was es kann, um seine Reparationsverpflichtungen zu erfüllen. Es werde auch sein möglichstes tun, um die Arbeiten der von der „Repko“ eingelobten Nachfrage zu unterstützen, um eine beträchtliche Kapitalflucht stattgefunden habe. Man werde gern die Mittel prüfen, wie diese Kapitalien verwendet werden könnten, damit Deutschland seine Verpflichtungen erfülle. Man werde den Mitgliedern des Komitees die Bücher vorlegen, denn Deutschland habe nichts zu verbergen und nichts zu verschweigen. Der Reichskanzler erklärte auf die Frage nach Rhein und Ruhr, diese Frage sei eng verknüpft mit der Reparationsfrage. Wie könnte Deutschland Reparationen bezahlen, wenn die besetzten Gebiete von dem übrigen Deutschland getrennt blieben, die ihm geben müssten, was es an Kohlen und Eisen notwendig habe. Der Hauptpunkt, weshalb man nach Paris gegangen sei, sei der, mit den Mächten in Verhandlungen einzutreten, die die Macht in den besetzten Gebieten in den Händen hätten, um das Ende des Krieges zu mildern und einen wirtschaftlichen Vertrag zwischen dem besetzten Gebiet und Deutschland wiederherzustellen.

Vorwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Weber; für Freistaat Südbad und Freistaaten Hermann Bauer; für Innere Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Südbad.

Der letzte Bitterlein.

Novelle von Friedrich Hebbel.

2. Fortsetzung.

Eine Tochter trat dem alten bleichen Mann ins Auge. Maße war sie in ihre Hände. Mühselig fasste er ihre beiden Hände. Sie sah in ihr Gesicht und sagte: „Tochter, willst du mir schwören, dass nie einem Manne zu ergeben?“

Tochter sah ihren Vater lange an, denn legte sie ihre Hände zweimal vor die Brust und sprach: „Vater, ich habe dich sehr lieb. Sie sah in ihrem Gesicht und sagte: „Tochter, willst du mir schwören, dass ich nie mehr? Ich schwör' nicht.“

„Schaf' noch! Liebes Kind!“ sagte Bitterlein und verließ schnell das Zimmer.

Maße band lange seufzend los, dann trat sie ans Fenster und schaute hinzu in die Nacht. Der Mond schien hell und klar. Sie fasste die Hände und betete.

6.

Es gibt Menschen, die mit jenen Bäumen zu vergleichen sind, welche auf fremde Stämme zerstört werden müssen, wenn sie gefällt werden; auf die Art dieser fremden Stämme kommt es denn gar nicht an, sie kommen fort auf jedem, aber sie werden schlechte Früchte tragen, wenn sie sich unwillkürlich aus der Erde selbst saft und Nahrungsdrogen. So jenseits jenes Menschen ist mit jeder Faser ihrer Seele in das Wesen hinein, welches sie zufällig am ersten erreichten, ist dieses ein Freund, eine Geliebte, eine Mutter, oder was es sei; sie sind glücklich und sanft, aber jenseits Menschen soll sich niemals dafür auch ganz und gar zu eisen geben, und man hat es auch wohl erlebt, dass dieses im vollen Maße geschieht. Solch ein Mensch war der Vater Bitterlein. Von Jugend auf still und verschlossen, hatte er beständig mit sich selbst gelebt, aber auch beständig eine innere Unbehaglichkeit empfunden, die er nicht zu erklären wusste, und die er, seiner Armut halber, der Witwe entzog, auf die sein Seinen ging und in der er Besitzigung zu finden geöffnet, nicht hätte vorziehen können. Er spürte, zugleich er längst jenseits jener kleinen kleinen Wirkung eingerichtet, zog die Liebe in seinem Herzen ein, als er ein anstrengendes Mädchen sah, welches zu mir auf der Innigkeit umgesetzt, deren er bedurfte; nun aber liebte er auch grenzenlos, er füllte sein eigenes Herz in der Braut und nachherigen Frau eng an. Sie war ihm gewissermaßen ein neuer Sinn, durch welchen ihm Welt und Leben aufzugehen in voller Bedeutung und Herrlichkeit. So lebte er manche Jahre mit ihr fort, heiter und in Frieden; sie gab ihm eine Tochter, aber das Kind rug kaum dazu bei, sein Glück zu vermehrern, denn seine Liebe war eine unteilbare, und die kleine Agathe erfreute ihn eigentlich nur dann, wenn er sah, dass sie die Mutter erfreute. Als das Mädchen dreizehn Jahre alt war, brach eine helle Krankheit in seinem Wohnorte aus. Bitterlein wurden davon ergreift, auch Bitterleins Tochter Agathe; diese genas, aber die durch sie angestiegte Mutter starb, unter allen Erkrankten fast die einzige. Bitterlein verlor in diese Schwermutter, er schlich wie ein Schatten umher, er würde sich selbst den Tod gegeben

haben, wenn er eine kräftiger Natur gewesen wäre; vor allem aber verhinderte er seine Tochter Agathe, in der er nichts mehr sah, als die Todesursache seines Mordes. Das arme Mädchen war sehr bemitleidenswert, in jener Periode, wo die Jungfrau sich wie ein hohes Geheimnis, leise, leise aufzuleben, wo sie der Mutter mehr als je bedarf, sah die Tochter im Grab und der Vater, der sie ohnehin niemals ersehen kann, stand ihr schroff und fasst gegenüber, wie der verdiente Mensch. Dies konnte sie nicht ertragen, sie verzweigte sich in tiefen Schmerz, sie stellte sich ohne Grund und ohne Grund, und der verhinderte Leonhard, sie zu verbergen und sie zu verbergen, und sie wandte sich an der Tür um und sagte: „Ich danke Euch, lieber Leonhard, für Eure Hilfe!“

Leonhard lehrte mit sehr gemischten Gefühlen in seine Kammer zurück. Das feindliche Entgegentreten des Vaters hatte ihn besonders heute im Diensten perfekt, aber zugleich war ihm Agathe noch niemals in einem solchen Licht der Schönheit aufgetaucht, wie eben heute. Er verachtete sich nicht länger, da er eigentlich nur freiwillig über acht Wochen bei seinem unheimlichen Meister ausgebüsst hatte; er fühlte das Empathen einer rasenden Vaterliebe für sie in seiner Brust, die er bekämpfen musste, als ob er sich selbst verachtete und, wie es denn die Art und Weise des Menschen ist, in solchen Augenblicken gerade denselben Entschluss zu fassen, dessen Ausführung mit den größten Opfern verbunden sein würde, er entschloss sich, die Arbeit bei seinem Meister aufzugeben, und es ihm noch an demselben Abend zu sagen. Als seine Heimkehr beendigt waren und die Dämmerung anbrach, ging er in das Wohnzimmer. Bitterlein war nicht da, aber Agathe saß ihm, der Vater werde bald zu Hause kommen, und blickte ihn zum Bett hin. Er setzte sich aus Fenster. Agathe nahm zum erstenmal Gelegenheit, ihn zu fragen, wie es ihm in dem Orte gefalle; sie sah hinzu, dass der Winter nicht ganz so langweilig verstreiche, wie der Winter, und dass die Kirmes gewiss auch ihn in den Wintertunten reizten werden.

„Dies“, antwortete Leonhard, indem er aus dem Fenster sah, „wird schwerlich geschehen; ich denke, in der nächsten Woche weiterzuwandern, und will das Eurem Vater nach Handwerksgeschäft noch heute sagen.“

Agathe wurde sichtlich erschrocken, als sie dieses hörte; sie sagte: „Das tut mir sehr leid, dass Ihr unser Haus so bald wieder verlassen wollt!“

Es tat Leonhard unendlich wohl, als er diese Worte aus Agathes Mund vernahm. Er schaute sie an. Sie stand in Gedanken. Dann trat sie auf ihn zu und sagte mit bittender Stimme: „Tut's nicht, betrachte meinen Vater wie einen Kranken, habt Geduld mit ihm; ich will ihn bitten, freundlicher gegen Euch zu sein. Freilich“, saß sie leiser hinzu, „habe ich ihn schon oft genug gebeten!“

„Habt Ihr? Agathe habt Ihr wirklich?“ fragte der Jüngling.

„Gewiss!“ antwortete Agathe und errötete.

Da sah sie ihre Hand und sagte: „Agathe, bist du mir gut?“

Agathe schwieg, aber sie legte ihm ihre Hand entgegen. Leonhard fragte noch einmal: „Agathe, bist du mir gut?“

„Ja, ja,“ antwortete sie, „aber lasst mich los, der Vater kommt ja!“

(Fortsetzung folgt.)

Junges Hautechnik
Sachbeschaffung. Nur
mit § 553 an die Grp.
d. Bl. (10134)

Möbl. Zimmer zu ver-
mieten. (10139)
Schwab. Allee 90 b. I.

Junges Schuhmacher
sicht Laden oder kleine
Stube als Werkstat-
tia. mit. C 554 an die
Grp. d. Bl. (10137)

Zwei Blumentreiben
h. v. zu verkaufen.
10144) Dorothestr. 15.

Starke Arbeitsstiefel,
Gr. 48/44, zu verkaufen.
10136) Lindenstr. 50 a II.

Leichter

eine Rose, schwur mit
Habem zu verkaufen.
Zettgaustrasse 29, II.
10138)

Ein wachsmeter braiger
Fotokind zu verkaufen.
Königstraße 18 a, post
(10142)

Wachstum. Hund zu
verkaufen. (10135)
Zettgaustrasse 48 c.

Schuhzettel
zu verkaufen. (10138)
Endstedt 13c 9

Suche Wohnung zum
Mieten, aber lieber
Garten. Ying. am. C 553
an die Grp. d. Bl. 10137

Verkauft in den
Hochzeit am 21. 12. 1923
und Hochzeits-
eure Hörte. Bieder-
manns Seitung.
10131) Elbe 111. I.

Für erwachsene Aufmerksamkeiten zu
unsrer Hochzeit unser herzlichster
Dank

Juan Blumenthal und Frau
Schulzebande 92 geb. Wagner

Allgemeine Erbskrankenfalle für das Fürsten-
tum Lübeck. Gültig. 1. Dezember 1923

Zum 1. Dezember 1923 ab haben die Arbeit-
geber die Grund für die Erbskrankenfälle nicht
mehr zu tun, sondern monatlich an die Ruh-
mehrtage. Neben der Schammiere der zu
zahlenden Beträge erhalten die Arbeitgeber
niedrigste die Gehalts.

Die eine wird Durchsetzung eingeschlagen.
Durchsetzung der Arbeitgeber sind
die Arbeitgeber, die Arbeitgeber, welche die Erhe-
bung des Verhältnisses in eine andere Tätigkeit
oder sich zu einem anderen Ort versetzen.
Der Vorstand.

Rohlen
Röls
Brillen
Grube
Braunrohren
Holz
empfohlen frei Haus und ab Lager
Hans Lübeck
Düsseldorf. 33-35. Telefon 2378.

Damenkleiderstoffe
In reichhaltiger und gediegener
Auswahl empfehl zu konkurrenz-
fähigen Preisen, da direkt ab
sächsischer Fabrik.
F. Spethmann, Breite Str. 31
(im Hause Arnold Berg)
10135) Etagengeschäft

Für eigenen Bedarf.
Kaufe:
Kanin-, Hasen-, Katzenfelle, sowie
Hirs-, Hörner, Hautwurf
zu höchsten Preisen.
Der Angestelltenkram Hermann Berg
Gutstrasse 21, gegenüber der St. Nikolai-Kirche

Infolge
umfassender Vorkehrungen
für den am Sonnabend, dem 5. Januar, beginnenden
Invenfur-Ausverkauf
bleibt unser Kaufhaus

morgen Freitag geschlossen

Wir raten Ihnen

warten Sie mit Ihren
Einkäufen

bis Sonnabend früh!

Sie sparen bares Geld!

Klosterhaus

Billiges Angebot!

Bandent-Hosen	3.95
Futter-Hosen	3.95
Rosshänger	v. 0.95 an
Gesichtsführer	v. 0.38 an
Tischfüßer 130/130	v. 4.80 an
Tastenführer	v. 0.20 an
Schuhen	v. 1.75 an

Heinrich Beuck
Brockeastraße 25. Ecke Warendorpstr.

Selbstbeschöler!

Herren-Ledersohle. I. Aussch. M. 1.20-1.80
Damen- 0.60-1.00

Garantiert rein Kern!

Bei Wunsch kann auf Stepperei gewartet werden. 10136

Fünfhausen 7.

Ehlers & Reitwisch

Holstenstr. 1. St. Petri 2-4.

**Herren- und
Damen-Konfektion
Schuhwaren.**

Das bekannt reelle Einkaufshaus
für Arbeiter und jeden Beruf.

10135a

Parties u. Vergnügungs-Anzeigen

**Öffentliche
Wähler-Versammlungen.**
Donnerstag, d. 3. Januar
abends 7 1/2 Uhr

im Kaffeehaus Moisling.

Redner: Dr. Leber.

Gesellschaftshaus Marti,

Martistr. 1.

Redner: Parteisekretär A. Weiss.

Israelsdorf, im Lindenhof.

Redner: A. Schulz, Dr. d. R.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Der Volksentscheid.

Freie Ausprache.

Erscheint in Massen. 10118

Der Wahlausdruck der sozialdem. Partei.

Woltershof. (10141) Hente

Donnerstag Ball.

Luisenlust.

Seden

Freitag: Gr. Tanzfränzchen.

Gas ebm 21 Goldvstr., Lichtstrom kwh 65, Kraft-
strom 30, Wasser ebm 15/30, heizbare Räume mit
Zeitung 20, ohne Zeitung 10 Goldvstr. 10145

Stadttheater
Restaurant

Täglich

von 12-2-Uhr:

Guter bürgerlicher

Mittagstisch

ab 6 Uhr. 10146

Speisen v. d. Pfanne

Reichhaltige Speiseforte.

Cort Hanschen

J. H. Pein
Lübeck

Markt 10/12

Breite Straße 64/68.

Das bekannte Kauf-

haus für (10153)

Arbeiter-Garderobe,

Berufskleidung,

Herren-Konfektion,

Knaben-Konfektion.

Erstkl. Manufakturwaren.

**Arbeiter-Turn-
U. Sport-Verein**

Lübeck.

Unsere Generalver-

sammlung findet nicht

am 4., sondern am Frei-

tag, dem 18. Jan. statt

10143) Der Vorstand.

Achtung!

F. S.-Ver.

(10144)

General-Versammlung

am Freitag, d. 4. Jan

abends 7 1/2 Uhr

im Arbeiter-Sportheim

Hundestraße 41.

Bläuliches Erscheinen

ist erforderlich.

Der Vorstand.

8 Uhr.

9089)

Sonne - Theater.

Donnerstag 7 1/2 Uhr
und folgende Tage:

Der fidèle Bauer.

Operette in 3 Akten

von Leo Fall.

Sonntag, nachm. 3 Uhr:

Kinder-Vorstellung

zu ganz kleinen Preisen.

Das beliebte Märchen

Hänsel u. Gretel.

(10149)

Großherzogliches

Freitag, 7.30 Uhr:

Der Waffenschmied.

Sonnenberg, 3 Uhr:

Das gewanderte Len-

jelchen.

7.30 Uhr: Volksbühne

Die Fledermaus.

Übung der Abonne-

mentsgelder für die

Neid. Bühne u. Sim-

phoniekonzerte. Freitag

u. Sonnabend von 3

bis 6 Uhr an der

Theaterstraße. (10142)

Lübeckische Simonié- u.

Stadttheater-Orchester.

Sonntag, d. 6. Januar,

11 Uhr vormittags:

öffentliche Hauptprobe.

Montag, d. 7. Januar,

abends 7 1/2 Uhr:

Fünftes großes

Simonié-Konzert

im Stadttheater.

Bedeutend verstärktes

Orchester. (10124)

Solist: Professor

Schlering, Dresden.

Violine.

Im Gewerkschafts-

haus sind leider in letzter

Zeit Konzerte nicht mög-

lich gewesen. Die öffent-

liche Hauptprobe hat

sehr niedrige Ein-

trittspreise und empfiehlt

es sich für unsere Kon-

zertfreunde, möglichst

sofort Karten an der

Theaterkasse zu besorgen,

da die Aufführungen

meistens ausverkauft sind.

Geschäftskarten fertigt

an Friedr. Meyer & Co., Lübeck.

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 3. Januar.

Sozialdemokratischer Bezirksverband für Mecklenburg-Lübeck.

Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Der Bezirkstag findet am 12. und 13. Januar statt. Die Verhandlungen beginnen am Sonnabend, dem 12. Januar, abends 8 Uhr, in Schwerin, Nordischer Hof.

Alle Anträge bitten wir bis spätestens den 5. Januar an uns einzufinden.

Die Beitragsmarken werden von jetzt ohne Aufdruck geliefert. Die roten sind wie bisher für Männer bestimmt und sind vom 1. Januar auf Anwendung des Parteivorstandes und mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen mit 5 Goldpfennig zu verkaufen. Die blauen Marken sind für Frauen, und sind mit 5 Goldpfennig zu verkaufen. Jede Woche ist eine Marke zu klagen. Um pünktliche Erfüllung der Abrechnung müssen wir dringend bitten.

Der Bezirksvorstand.

An die Ortsvereine der Arbeiter-Jugend.

Am Sonntag, 6. Januar, findet morgens 9 Uhr im Domhof zu Schwerin eine Unterbezirksskonferenz statt. Als wichtige Punkte stehen auf Tagesordnung: 1. Neueinteilung des Unterbezirks. 2. Neuwahlen. 3. Anträge zur Bezirksskonferenz. 4. Verschiedenes. Anschließend an die Konferenz findet eine Zusammenkunft und Aussprache unserer Kinderguppenleiter statt. Alle Ortsgruppen des Bezirks Mecklenburg-Lübeck, in denen Kinderguppen bestehen oder eine Gründung beabsichtigen, müssen Vertreter entsenden. Die Mitglieder des Bezirkvorstandes sind zu einer vorhergehenden Aussprache eingeladen. Die Bezirksleitung.

Das Talent von Gottes Gnaden.

Ein Kapitel über Frau Ida Bon-Eb und andere.

Maler, Dichter, Künstler schlechtweg sind mit dem Kreuz beladen, die meiste Zeit ihres Lebens nicht verstanden zu werden. Eine sehr schlimme Geschichte für die Betroffenen. Um so schlimmer, wenn sich dieser und jener schon beim ersten Silberstück als Korinphäe fühlt. Da zudem die sensiblen Künstlerherzen, verächtlich verzicht sich der seine Mund und verschmäelt liegt der unwillige, gefühllose Kritiker am Boden. Ein Beispiel aus der Praxis:

Die paar festigen Bäume, die schließlich noch beideits der Bahnschienen standen, blieben auch stehen, als fast 50 Jahre später der Krieg durch das Land schrie und als dann die Revolution hinterein ließ. Aber mit der kam die Not in das Land, ... Als sich der November des bösen Geschehens zum fünftausend jährigen fielen die uralten Eichen der Geldnot zum Opfer.

Die Sprache des Dichters ist nicht sehr blumenreich, dafür aber um so deutlicher. Kein Mensch wird irre an ihrem konservativen Glanz. Deshalb schrieben wir, was wir als ehrliche Kritiker schreiben müssen: daß der Dichter den Schwabenstreit einer Künstlergesellschaft der Revolution in die Schuhe geschoben habe und daß derartige Perlen geistigen Schaffens einen vorausstehenden Begegnung in sich tragen. Das stimmt doch! Und doch wurde uns diese Kritik übernommen, unsere Schlussfolgerung bestätigt. Das Urteil überlassen wir den Lesern. Hätte es sich nicht um ein Dichtertalitisch gehandelt, wie wären mit dem Autor anders Schlüsse zu ziehen? Wenn dem Krieg und den Kriegsfolgen, nacherter Herr für jeden Lübeck, nichts weiter als ein paar Eichen zum Opfer gefallen wären, Herrgott — Welch gräßiger Denker kümmert sich um anderthalb Dutzend Millionen tot oder zu Krüppeln geschossener Menschen, um vernichtete Städte und Landschaften, um abgebrannte Wälder — die Revolution, die Revolution hat fünf Eichen gesordert! Nieder mit ihr!

Eigentlich führt uns diese Privatunterhaltung nicht die Feder in die Hand. Aber sie ist eine praktische Einsichtung zur Würdigung unserer heimischen Dichter. Sie zeigt, wie auch die Köpfe der lodenbegrenzten Geistesarbeiter von traumhaften Schrecken gestört wurden sind. Bei den Kabarettkomikern fängt es an. Die Verleumdung der Republik brachte Geld und Erfolg. Dann kamen die Feuilletonisten, dann die Romancier. Ohne viele Worte, geschätzte Frau Ida Bon-Eb: wir rechnen Sie nicht zu jenen, die aus Prinzip oder gar Geld dem Neuen feindlich gestellt sind. Dazu verstecken Sie zu wenig vom praktischen Leben. Sie haben sich immer in jenen Sphären aufgehalten, in denen nur die Produkte schwerer Arbeit vereinerten Lebensgenuss ermöglichten. Wo man sich vor dem rüsigen Kittel und schwierigen Händen graut. Bei diesem Geschäft haben Sie die Zeit verschlafen, und jetzt tanzen die Burgto-Gespenster neulich um Ihre Phantasien. Schauhen wir sie aus dem Verließ ans Tageslicht.

In den Lübeckischen Blättern schreibt nämlich Frau Bon-Eb über die Not der geistigen Arbeiter:

Sie meine die Not der geistigen Arbeiter, die entstanden ist aus der brutalen Herrschaft der Faust, der brutalen Faust, die vergift, daß sie (im Meissen) kein schöpferisches, sondern ein ausführendes Organ ist.

Und alle (Zeitungen und Journalen) halten nicht Schrift mit der Geldentwertung bei Abmessung der Honorare. Sie können es auch nicht, denn die Forderungen der Arbeiter, der Seher, in den Druckereien, des Maschinenpersonals sind unerschwinglich geworden. Ein Streit hat den anderen gejagt. Die Verleger wissen nicht ein noch aus mit den hohen Papierpreisen, die wieder eine Folge der hohen Arbeitslöhne sind. Die Gehälter in den Buchbindereien sind enorm.

Unsere prozentualen Anteile (der Autoren) folgen keineswegs der Buchhändler-Schlüsselzahl, sie sind kontraktlich unter ganz anderen Verhältnissen in den Abmachungen mit den Verlegern festgelegt . . . reicht der Jahresertrag auch vieler Auflagen noch nicht an den Wochenlohn einer Unkrautfächerin auf dem Friedhof oder eines ungelehrten Hochofenarbeiters heran!

Und, die wir von Gottes Gnaden ein Talent empfingen, das wenigen beschieden ist, und die wir unser Pfund nach bester Selbstkritik zur Erbauung unseres Volkes auszuüben bestrebt waren, hat der Staat nun in die „Gewerbetreibenden“ eingesetzt. Eine Registrierung, die wunderbar in die materialistische Gegenwart hineinpaßt. Vielleicht, daß man sich nun doch näher mit uns befaßt. Ich glaube es aber nicht, denn die „Faust“ hat für den „Kopf“ nichts übrig.“ . . .

Frau Ida Bon-Eb, das ist doch das Tolle, was einer Dame Ihres Ranges aus der Feder flößt. Dagegen verbucht selbst eine Courths-Maler. Nur das Mitteld mit Ihren Greilenjahren legt uns Rückicht auf. Aber ganz übergehen können wir mit dem besten Willen diese unerhörte Umstellung der Tatsachen nicht. Vor allem müßten Sie als erfahrene Schriftstellerin wissen, daß die „Faust“, mit der die Arbeiterschaft gemeint ist, gerade alles für

Politische Bildung der Massen und Volksentscheid.

Bis vor wenigen Jahren war die politische Erziehung und Bildung der Massen, die ihnen vom Staat und von den meisten Parteien zuteil wurde, nur äußerst mangelhaft. Und es war daher auch wohl zu verstehen, wenn in großen Teilen der Bevölkerung leider kein Verständnis für wirtschaftspolitische und volkswirtschaftliche Verhältnisse vorhanden war. Doch dieses änderte sich nach der Revolution, als aus allen Schichten die aus Deutschlands Not erwachsene Forderung nach politischer Bildung erhoben wurde, um den Blick zu weiten über die engen Grenzen der Lohn- und Wirtschaftsfragen und das sittliche Pflicht- und Verantwortungsgefühl zu schärfen.

Die deutschen Wirtschaftsmächte, insbesondere die Organisationen der Arbeitnehmer, dürfen für sich das Hauptverdienst in Anspruch nehmen, das revolutionäre Deutschland vor dem wirtschaftlichen Chaos und der tödlichen politischen Zerrüttung bewahrt zu haben. So ist vor allen Dingen auch durch ihre Entschlusskraft die Reichseinheit gewahrt geblieben. Durch die bald folgende Umwandlung des alten Polizeistaates in eine demokratische Republik, wurden alle Untertanen urplötzlich zu verantwortlichen Bürgern. Hierbei müssen wir besonders hervorheben, daß keine andere Staatsform so hohe Anforderungen an den Staatswillen und die Staatsmacht als der Volksstaat stellt wie sie. Und die Tagesforderung politischer Bildung und Erziehung gilt jetzt für alle und jeden. Einigkeit, wo er politisch oder wirtschaftlich mögig, insbesondere natürlich für die große Masse, die zu einem verantwortungsbewußtigen Volksgenossen erzogen werden muß.

Aber was ist politische Bildung? Sie ist zunächst, äußerlich gesehen, das, was wir als gesellschaftlichen Schliff, als Umgangsform, als Takt, als Selbstzucht bezeichnen, die weiß, was und wie etwas gesagt wird, bezogen auf das Gebiet der Politik. Diese Seite der politischen Bildung ist, wie man zunächst meinen könnte, durchaus nicht zu unterschätzen. Es soll nun nicht gefordert werden, im politischen Leben alle Werte auf die Goldwage zu legen und alle Personen und Dinge mit Glaceehandschuhen anzufassen. Vielmehr gilt auch hier: „Blüte edelsten Gemütes ist die Rücksicht, daß zu Zeiten sind erstaunlich wie Gewitter goldene Rücksichtsloskeiten.“ Über wenn wir überhaupt von Bildung in diesem Sinne sprechen wollen, muß immerhin alles seine Grenzen haben. Denn politische Bildung ist mehr als äußere Form. Sie ist auch eine Form des inneren Lebens. Sie ist das in politischen Dingen, was wir auch sonst mit Verstandes- und Herzens- und Willensbildung meinen, wenn diese Begriffe uns mehr sind als leere Worte. Politische Bildung in diesem Sinne erkennen wir dem zu, der urchtsfähig ist in politischen Dingen, der um die staatlichen Erfordernisse weiß, der Notwendigkeiten und Zielen des Staates in sein Gemüts- und Willensleben aufgenommen hat, dem es heilige Pflicht ist, am Staat mitzuwirken und wenn erforderlich, Opfer für ihn zu bringen bereit ist. Das ist freilich mehr als Verfassungskunde und Kenntnis des Wahlrechts und ähnlicher Dinge von unter-

geordneter Bedeutung. Das ist also nicht nur einsches Worts, das ist zugleich warmes Empfinden und sittliches Wollen.

Es gilt nun besonders für die heutige Zeit: „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft.“ Die politischen Parteien, deren Bedeutung im heutigen demokratischen Staat viel größer ist als früher, bemühen sich darum eifrig, die Jugend für sich zu gewinnen und in ihrer Weise politisch zu bilden. Demgegenüber müssen wir von vornherein festhalten, daß diese ja vorläufig immer nur einen Teil des Stoffs umfassen, während wir doch unbedingt fordern müssen, daß das gesamte Volk die notwendige politische Bildung besitzen muß. Es steht also unter allen Umständen für den Staat die Notwendigkeit bestehen, für die politische Bildung und Erziehung seiner Bürger zu sorgen und demnach selbst in die Hand zu nehmen.

Man möchte da zunächst an die Presse denken. Als hincleidend ist aber dieses Mittel nicht anzusehen, hinzukommen muß unbedingt die Schule. Sie ist die Stätte, wo die grundlegende Bildung vermittelt wird, also auch die politische. Die Staatsbürgerkunde ist das entsprechende Lehrfach. Mit Recht verlangt daher die Reichsverfassung, daß Staatsbürgerkunde als Lehrfach in den Schulen einzuführen ist. Daß die Berufsschulen in dieser Hinsicht an erster Stelle stehen, bedarf wohl keiner weiteren Begründung. Es ist das eine einfache Folge der Demokratie, die alle Volkschichten am staatlichen Leben aktiv teilzunehmen verpflichtet. Hierbei müssen wir uns vor Augen halten, daß es mit dem Wissen von Pflichten allein nicht getan ist, sondern das Pflicht bedeutet, Pflicht zum Opfern, das Wollen und Können. Denn auch politische Mündigkeit beruht auf der Voraussetzung politischer Fähigkeit.

Wenden wir nun noch einmal die vorstehenden Betrachtungen auf eine so wichtige politische Angelegenheit an, wie den hier in einigen Tagen bevorstehenden Volksentscheid. So müssen wir doch wohl unbedingt feststellen, daß nur derjenige in der Lage ist, selbständig den einzigen richtigen Entschluß zu fassen, der eine politische Erziehung genossen hat, und dementsprechend einen politisch geschulten Blick besitzt. Unbeirrt durch die oft kleinlichen Wahlmachenschaften der politischen Gegner wird er wissen, wie er zu stimmen hat, damit das Wohl des Staates gewahrt bleibt zum eigenen Besten. Und da können wir nun weiter als bestehende Tatsacheinstellen, daß die politische Erziehung und Schulung der Arbeiter, auf die sie freilich bisher nicht durch den Staat, sondern durch ihre Organisationen erhielt, eine bedeutend bessere ist, wie die des Bürgeriums. Wenn auch die Arbeiter leider wieder innerlich politisch uneinig sind, so werden wir sie trotzdem zum Volksentscheid als geschlossene Kampffront wiederfinden, um gemeinsam den Sieg zu erringen, getreu dem Wort:

Getrennt marschieren,
vereint schlagen! —

Sch.

den Kopf übrig hatte, und daß deren Vertreter im Reichstag vorzugsweise Verfechter der geistigen Arbeiter ohne Unterschied waren. Diese Tatsache fortzustellen, braucht man kein Talent von Gottes Gnade zu sein — nur ein bisschen Charakter. Talent gehört auch nicht dazu, um die Ursache des Elends der geistigen Arbeiter zu erforschen. Wer sich nicht auf General-Anzeiger-Kost oder seichte Journalistik vorstellt, hat auch etwas Ahnung von den wirtschaftlichen Vorgängen und den kapitalistischen Triebsträßen. Der weiß — und das müssen auch Sie, Frau Bon-Eb, wissen — daß gerade die Buchdrucker und Buchbinderei seit den Anfängen des Kriegsjahre bis auf den heutigen Tag mit drei Wochen Ausnahme die aller schlechtest bezahlten Arbeiter waren, der weiß, daß die Buchdrucker, wieder mit verschwindenden Ausnahmen, trotz bitterster Not die letzten 10 Jahre überhaupt nicht streitten. Der weiß auch, daß die hohen Papierpreise nicht durch die Arbeitslosigkeit bedingt sind, sondern durch die großkapitalistische Syndikatswirtschaft. Verchte Frau, das wissen Sie ja selbst und sagen es selbst: daß die Verleger sich auf den Schlaglochstein berufen, die hohen Bücherpreise einstecken und die Autoren verhungern lassen, daß dieser Gegenzug zwischen Autor und Verleger seit altersher besteht. Nochmals drehen Sie den Spieß um und ziehen so niedliche Vergleiche. Kürzlich zwischen Ihnen und der Waschfrau, heute mit Unkrautfächerin und Hochsofenerbeiter. Wir wollen Ihnen eines sagen: Sie beleidigen Ihren kritischen Verstand damit, daß Sie die Waschfrau aufforderten, Ihre wissenschaftliche Arbeit zu vollbringen, dann würden Sie diejenige der Waschfrau übernehmen. Machen Sie doch diese Examina rigorosa. Es müßte schon eine recht dumme Arbeiterfrau sein, die mit Ihnen ökonomischen Kenntnissen nicht weiterfahren könnte. Sie würde Ihnen die Ursachen aller Not rasch plausibel machen. Und wenn Sie selbst in den Salons umschau halten wollten, in denen Ihre Geistesprodukte durchgeblättert werden, dann würde dieser Anschauungsunterricht vielleicht auch noch Ihrem sichternden Geiste liegen, daß hier die brutalen Vernichter körperlicher und geistiger Kraft im Wohlleben hausen. Aber die Burgto-Gespenster versperren Ihnen die Aussicht. Und die alte Unkrautfächerin auf dem Kirchhof wird bald verzweifeln ob der Vergleichlichkeit ihres Bemühens, da der Wind aus allernächster Nähe immer neuen Unkrautarten herbeiträgt. Sie sollten in Ihren schriftstellerischen Ergüssen die notgepflegten Arbeiter lieber aus dem Spiel lassen und sich keine Anspielungen auf die Erwerbslosen schenken. Denn keiner der Journalisten kennt wirtschaftliche Vorteile vom Staat wie gerade Sie. Allerdings sind es auch keine Talente von Gottes Gnaden!

Die Schlussfolgerung: Solange die Korinphäen des Bürgeriums mit solch blöden Mitteln arbeiten, darf man sich über dessen grenzenlose Unwissenheit aller Dinge nicht wundern. Blinde Heze verdüstert den Verstand.

Die Lübecker Volkshochschule öffnet im neuen Jahre ihre Pforten wieder am 7. Januar. Es sind folgende Lehrgänge angekündigt:

Literatur: E. Schermer: Th. Storm und Timm Kröger; Fr. Trompe: neuere plattdeutsche Dichtungen; Vorlesabend der öffentlichen Lesehalle.

Weltanschauung: Pastor Balde: Ibsen, Björnson und Nestroy in ihrem Verhältnis zum Christentum; Dr. Leber: Was ist Marxismus?

Sozialwissenschaften: A. Braun, Volkswirtschaftslehre; E. Oppermann: Grundzüge des Handelsrechts; R. Göhr: Das Genossenschaftswesen.

Naturwissenschaften: Dr. Möbusz: Die chemische Industrie; Prof. Breinig: Die physikal. Grundlagen der Musik; Dr. Bürk: Heimatfunde und Wanderungen.

Kunst: Prof. Stahl: Die moderne Musik; Prof. v. Lüttendorff: Führende Meister der modernen Kunst; J. Warneck: Heimatfunde, Führungen durch die Marien- und Katharinenkirche.

Nähere Bekanntmachungen über Zeit und Ort der Vorträge hängen in der Stadtbibliothek, in der öffentlichen Lesehalle und im Lektorseminar aus. Die Gebühr für jeden Lehrgang muß auf 2,50 Mark festgesetzt werden. Manchem wird der Beitrag zu hoch scheinen, aber jeder, dem ernstlich an Bildung gelegen ist, wird die Summe wohl aufbringen. Ist ein gewöhnliches Buch doch mindestens ebensoviel. Für Erwerbslose und Kleinrentner beträgt die Gebühr 50 Pf. Anmeldungen werden täglich von 5—8 Uhr in der Lesehalle (Mengstraße) angenommen.

Volksentscheid.

84 464 Stimmberechtigte

In die Wählerlisten für den am 6. Januar 1924 stattfindenden Volksentscheid sind nach der Zusammenstellung des statistischen Landesamtes insgesamt 84 464 Stimmberechtigte Personen eingetragen. Bei der letzten Bürgerschaftswahl im Jahre 1921 enthielten die Listen 80 731 Wahlberechtigte, von denen nur 64 046 oder 79,3 Prozent ihr Wahlrecht ausübten. Über ein Fünftel der gesuchten Wählerschaft — 16 685 Personen — blieb damals der Wahlurne fern. Von den städtischen Wahlbezirken wies nur ein einziger Bezirk eine Beteiligung von 89,4 Prozent auf und in einigen ländlichen Bezirken machte nicht die Hälfte der Wähler von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Die Wahlbeteiligung war also 1921 eine schwache. Bei früheren Wahlen ist sie erheblich größer gewesen; so wähnten bei der Reichstagswahl 1920 über 88 Prozent und 1912 sogar 94,4 Prozent.

Lehrer- und Beamtenabbau.

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands (Ortsgruppe Lübeck), hielt am Freitag, dem 28. Dezember 1923, im Gewerkschaftshaus eine Versammlung ab. Zwei für das Schulwesen lehrwürdige Fragen — Grundschule, Beamtenabbau — wurden eingehend durchberaten. Die nachfolgende Entschließung, den Beamtenabbau betreffend, fand einstimmige Annahme: Die Ortsgruppe Lübeck der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands erblickt in der Verordnung zur Herausförderung der Personalabgaben des lübeckischen Staates vom 23. November 1923, die sich auf die Personal-Abbau-Verordnung des Reiches vom 27. Oktober 1923 stützt, eine schwere Geißel für das Schulwesen des lübecker Staates, wenn sie mechanisch auf dasselbe übertragen wird. Die äußere Begründung für den Beamtenabbau (nämlich Vermehrung der Beamtenstellen innerhalb vieler Verwaltungszweige) trifft für das lübeckische Schulwesen nicht zu. Denn in diesem ist keine oder keine nennenswerte Vermehrung — vielfach sogar eine Verminderung der Lehrkräfte eingetreten (z. B. Aufhebung der Baugewerbeschule und Jüdischen Schule, Abbau des Seminars, Zusammenlegung der Frauen-Gewerbeschule mit der Fortbildungsschule für Mädchen). Eine Herausförderung der Schülerzahl in den einzelnen Klassen macht eine fruchtbare Bildungs- und Erziehungsarbeit unmöglich. Eine wesentliche Erhöhung der Pflichtstundenzahl ist schon deshalb nicht gerechtfertigt, weil seit 1918 eine Herausförderung nicht stattgefunden hat. Außerdem bedeutet die Erhöhung eine so starke Belastung der Lehrpersonen, daß ihre Arbeitskraft früh erschöpft

Der Ja-Wille auf dem Landgebiet.

Wulsdorf. In alter Stille hatten die Neinsager für Sonnabend eine Versammlung einberufen. Ihr Vorort war Pastor Baute; Herr Nebelien sollte für die Helferdienste leisten. Man hattt die Rechnung, daß den Wirt gemahnt, denn soviel der Heimlichkeit war doch eine ganze Anzahl unserer Genossen erschienen. Der Herr *S. L. S.* nahm denselben Reden aus der Koloniedeutschland weiter. Genosse Passarge-Lübeck ging dem guten Mann in der Ausprache scharr zu Leibe. Der Herr Pfarrer konnte absolut nicht fassen, daß er, der doch die gesamten Reichsparteien vertrete, nun auch für die schrullige Agitationsthöhe dieser Gelehrte nicht verantwortlich gemacht werden sollte. Doch das half ihm alles nichts und man konnt ihm nachhelfen, daß ihm sein Amt als Missionschöpfer schon selbst ziemlich peinlich wurde. Das Maß wurde voll, als sein Hintergenosse ihm zur Seite springen wollte. Herr Nebelien machte nämlich plötzlich diese Bahn und pustete wie ein Panzertankfahrer. Die Versammlungsteilnehmer hatten genug zu tun, ihren Bauch vor Leibchen zu halten. Dem Genossen Passarge war es natürlich ein leichtes, diesen Mann richtig auf den Stuhl zu setzen. Er gab ihm schließlich den Rat, nur ruhig weiter zu schlafen. Die Versammlung, in der sich Gen. Wagner einige Worte an die Landsbewohner rief, war für uns in Erfolg.

Wulsdorf. Eine von der USPD. am Sonntag einberufene öffentliche Wählerversammlung erfreute sich eines guten Besuches. Trotz der Kälte und der schlechten Wege waren eine ganze Anzahl Arbeiter mit ihren Frauen erschienen. In ruhiger und sachlicher Weise legte der Referent, Genosse Hauer, den Erschienenen klar, welche Gründe die Vertreter der Arbeiterschaft in der Bürgerschaft dazu geführt hätten, dem Senat das Misstrauensvotum auszusprechen. Der Redner streifte zunächst die Schulfrage und ging dann über zu dem Wohnungsbau. Auch der Polizeistatist war sehr scharf verurteilt. Ganz besonders befaßte sich der Referent mit der Steuerfrage. Es wurde dann noch das Ermächtigungsgesetz gestellt und zum Schluß der Abbau der unteren Beamtenkraft unter die Lupe genommen. Von der KPD. war Mundt erschienen, der versuchte, die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion für alles mitschuldig zu machen. Auch auf der Reichstagsfraktion hakte er herum. Mundt verlangte den Rücktritt des Senats und stellte einen Antrag, nachdem die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion aus der Koalition austreten sollte. Genosse Hauer hielt in seinem Schlusswort die Mündlichen Einwände richtig und forderte die Anwesenden auf, am 8. Januar die richtige Antwort zu geben und mit Ja zu stimmen.

K. M.

sein wird. Die Entlassung junger, noch nicht festangestellter Lehrer und Lehrerinnen verläuft die Schule ... unbedingt nötigen Lehrernachwuchses und der leistungsfähigeren Kräfte. Die Arbeitsgemeinschaft hofft und erwartet, daß die Bürgerschaft und der Senat Mittel und Wege finden wird, dem der Schule drohenden Untergang zu steuern. Lehrerbau und bedeutender Schulabbau, Schulabbau — Erziehungssabbau.

Die wichtigsten Epochen unserer Zeitrechnung.

Das Jahr 1924 ist

seit Christi Tod...	das 1991ste
Einführung des Julianischen Kalenders	1069
Einführung des gregorianischen Kalenders	312
Einführung des verkürzten Kalenders	224
Einführung der Buchdruckerkunst	494
Entdeckung Amerikas	1492
der Heilige Martin Dr. Martin Luthers	1483
dem ersten Weltkrieg	1914
Geburten der Feuerbüchse	1518
der Menschen Frieden	1763
Gründung der Beredtschulen	1867
Gründung der Damofmaschinen	1890
dem Hubertusburger Frieden	1814
Gründung der Gasbeleuchtung	141
Beginn der Großen französischen Revolution	1789
Einführung der Schuhblättern	129
dem neuen Pariser Frieden	1890
Gründung der ersten deutschen Eisenbahn	1835
Hundt—Fürth	
Einführung des elektromagnetischen Drahtes	
telegraphen	87
Gründung des Allg. deutscher Arbeitervereins	61
Gründung der transatlantischen Arbeitstelegraphie	53
Einführung des Fernpredigers	47
Einführung der drahtlosen Telegraphie	28
Entdeckung des Radiums	27
Beginn des Weltkrieges	1914
Gründung der Deutschen Republik	5
dem Gewaltstod von Beissel	5
	891ste

Berlino der Landarbeiter.

Die Berechnung des Berlohnnes aller im Monatslohn bezogenen landwirtschaftlichen Arbeitnehmer erfolgt auf Grund eines Roggenpreises von 7,50 Pf. pro Berliner, zugleich 25 Pf., gleich 9,38 Pf. Danach beträgt das Pfund also 95,80 Millionen Mark. Außerdem diene allen Landarbeitern zur Kenntnis, daß der Landwirtschaftliche Arbeitgeber-Verein für die Provinz Schleswig-Holstein auf Grund des ablehnenden Stimmungsergebnisses die für die Provinz bestehenden Tarife für Land- und Forstarbeiter zum 1. April geändert hat, also außer den Provinzialtarif aus dem für Schleswig, Norddeichmarsch und Niederrhein und Umgegend.

Hieraus ergibt jeder einzelne, daß es jetzt unbedingt notwendig ist, alle Fehlentnahmen unserer Organisation zu prüfen. Wenn das geschieht, werden die Arbeitgeber mit ihrer Kündigung Schlußstrich erlauben.

Die Geschäftsleitung.

Gerichtsgebühren in Gold. Vom 1. Januar 1924 ab werden die Gebühren des deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes in Bürgerstädten, Kreisstädten und Städten sowie die Gebühren des Preußischen Gerichtsverfassungsgesetzes in Gelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit in Gold berechnet und eingezogen. In Kaufmäßigung (Papiermark) geleistete Zahlungen sind nach dem Tage der Einsichtnahme in Gold umzuwandeln. Das Zahlungsgesetz gilt bei Einlösung durch Postanweisung oder Scheckkarte der aus dem Porträtempel der Ausgabeverwaltung erhaltene Tag der Einsicht, bei Übermittlung durch Postfach oder Postüberweisung der Tag, der sich aus dem Lageschein des Postgeschäfts ergibt; im Übrigen gilt der Tag des Zahlungseingangs. Maßgebend ist die Unterscheidung ist der von dem Reichsminister der Finanzen bestimmbare gebundene Geldmarktzins. Die gleichen Verhältnisse finden sich auf die Gebühren der Notare Anwendung, die ebenfalls vom 1. Januar 1924 ab in Gold zu berechnen sind. Die Gerichtsgebühren wie die Gebühren der Notare sind gegenüber den bisherigen Gebühren ganz erheblich ermäßigt worden, da die Gefahr einer Geldentwertung nach den neuen Paritäten nicht mehr zu befürchten sei.

Warum das Fleisch nicht billiger wird? Die Schmarotzer am Fleischmarkt bleiben fast überall gleich. Um keinen Preis der Welt lassen sie von ihrem Trost etwas ab, sie führen immer wieder einen Einsatz, um ihn zu haben. Das Fleisch soll jüngern, wenn nur der Bank der Kunden gefüllt bleibt. Ein schönes Beispiel menschlichen Empfindens feiert die Provinz. Daraus,

G. Tramm. Auch hier war die Versammlung am verflossenen Sonntag gut besucht. Gen. Göhr legte in sachlicher Weise den Versammlten die Vorkommnisse klar, die dazu geführt haben, daß die Bevölkerung Lübeck zum Volksentscheid aufgerufen wurde. Als Hauptgrund stellte er in den Vordergrund, daß der Senat nur mit Unterstützung der sozialdemokratischen Bürgerschaftskoalition die Staatsgeschäfte bisher geführt hat und daß die Vertreter der bürgerlichen Parteien der Bürgerschaft den Senat nicht geführt haben, trotzdem dieser in seiner Mehrheit aus bürgerlichen Vertretern zusammengesetzt ist. Dieses Mißverständnis sei für uns Sozialisten auf die Dauer unerträglich, da dem Senat außerdem noch der gesamte reaktionäre Beamtenapparat zur Seite stünde. Von einer Demokratisierung der Verwaltung seien nicht die gerinnosten Altpolitiken vorher den. Auch in der Frage der Republikarisierung des Schulwesens sei es mit nichts geschehen. Im Finanzwesen habe es der Senat an dem notwendigen Rechtlich fehlten lassen. Wenn Staatsbeamte gegen die Republik wären, dann sollen sie wenigstens soviel Charakter besitzen und der Republik dienen, ich bin ein Hüter der Republik und kann infolgedessen ihr nicht dienen. In der Frischwache beklagten sich einfache Versammlungsleiter und der Kommandant Wrens aus Lübeck, der aber keinen Aufstand fand. Gen. Göhr konnte in seinem Schlusswort für unsere Partei eine Erfolg buchen.

Seerey. In Gründung eines Lokals hatten die Deutschen Freunde am Sonntag, dem 30. Januar, über den am 8. Januar folgenden Volksentscheid eine öffentliche Versammlung nach dem Votum des Herrn Goedt in Seerey zusammengekommen, wo als Redner der Genossen Koch, Ender, Lübeck erschienen war. Am klarer und verständlicher Weise berichtete sich der Referent, die untrütbare Zusammenarbeit der Bürgerschaft mit dem Senat in Lübeck sei ein außergewöhnliches Zugeständnis zu erläutern. Diese wurde natürlich dazu führen, daß die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion dem Senat kein Vertrauen entzog. Nach dem Referenten sei als Diskussionsredner das Bürgerschaftsmitglied Nielsel von der Kommunistischen Partei das Wort, und legte in längeren Ausführungen den Standpunkt der Kommunisten dar, die darin avowierten, daß die Kommunisten mit den Sozialdemokraten zusammen am 8. Januar mit „Ja“ stimmen. Die Ausprache der beiden Redner beweiste sich in durchaus ruhigen und lachlichen Sätzen, sodann erhob als Zuhörer, die Genossen Dencker zum Schlusse auforderte, auch ihrerseits dazu beizutragen, daß die Lübecker Bürgerschaft am 8. Januar in diesem gewiß nicht leichten Kampfe das Siegere hervorzeuge möge, mit dauerhafter Bedienung in ihr Raum einzufordern und G. E.

ist es auch im Berliner Reichstag seit einiger Zeit aufzufallen, daß, wenn einmal ein Markt besonders guten Auftrieb zeigte, um nächsten Markttag fast gar kein Angebot an Lebendvieh vorlag. Die Feststellungen der zuständigen Behörden haben nun aber ergeben, daß Viehgroßhändler in unverantwortlicher Weise Kinder, Schweine und Kalber zurückgehalten haben. Viehdieselbe sind am 22. Dezember, dem Montag, an welchem die Preise bis über 50 Prozent in die Höhe gingen, über 100 Wagons Vieh zu Hause gehalten worden. Die Tiere sollten auf dem Viehdorf entladen werden, doch wurden die Waggons durch Telegrame kurz vor Berlin angehalten und umdirigierte. Ein Teil der Vieh wurde nach Hamburg, ein Teil nach Preußen und weitere Waggons nach Sachsen umgeliefert. Es ist ferner festgestellt, daß durch C. Schifferdecker die Lieferanten in der Provinz aufgefordert wurden, kein Vieh zu senden, um den Auftrieb künftig zu verkleinern und höhere Preise zu erzielen. — So ist die Handelsmoral bei diesen jener Leute, die mit ihren Tieren und roten Köpfen über die Gehegeschaft der Arbeiter ein tollen leben.

Die Banpreis-Nichtzulage für 1924 ist nach einer uns von der Lübecker Stadtverwaltung gewordene Mitteilung von 1520 Milliarden am 17. Dezember auf 1244 Milliarden am 31. Dezember gesunken.

Meine Vorhersagen über Lohn- und Gehaltsförderung. Nachdem die Lohn- und Gehaltsgrenzen im Handelspolizeibuch und in der Gewerbeordnung und im Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsrecht weitgehend festgesetzt worden sind, und nunmehr auch die Vorrichtungen über Lohn- und Gehaltsförderung entsprechend neu reguliert werden. Durch die Verordnung des Reichsjustizministeriums vom 22. November 1923, die am 5. Dezember in Kraft trat, wird bekannt, daß der Arbeits- und Dienstumfang bis zur Summe von dreizehn Mark für die Wafe, verhältnismäßig mit der im Beitrage der Fälligkeit geleisteten Teuerungszahl, und falls der Lohn höher ist als dieser Betrag, außerdem zu einem Drittel des Nettobeitrages der Pfändung nicht unterliegt. Sind unterhalb berechnige Preise vorhanden, so erhält sich der unveränderbare Teil des Nettobeitrages für jede Person, der Unterhalt zu gewähren ist, um ein Sechstel, jedoch höchstens bis auf zwei Drittel des Nettobeitrages. Die Verhöhung bei Angehörigen kommt jedoch nur in Frage, wenn der Lohn den Betrag von einem Drittel Mark für die Wafe, verhältnismäßig mit der jeweiligen Teuerungszahl, nicht übersteigt. Als Teuerungszahl gilt die vom Statistischen Reichsamt für die dem Haushaltsschlüssel veranzeigende Woche erreichte Reichsabreife für die Lebenshaltungskosten, die auf den nächst höheren, durch eine Million teilbaren Betrag aufzurunden ist.

Die gegenwärtige Kälteperiode, durchsetzt mit Schneefällen, breite sich über ganz Deutschland aus. Während wir hier kaum über 12 Grad unter Null zu verzeichnen hatten — in der Hamburger Gegend fiel das Thermometer bis auf 18 — sank die Temperatur in Süddeutschland und neuerdings noch bedeutend weiter herab. Bei soinem Auftritt der E. über ganz Nord- und Mitteleuropa ausgetretete und eisige Luftmassen aus dem Polargebiete über Deutschland heranflossen, bildet sich über dem unter einer Winternacht liegenden ausgedehnten Landesgebiet von Nordrheinland, Westfalen und Deutschland außergewöhnlich strenger Frost in den letzten Tagen des Jahres 1923 aus. Am liebsten hält die Temperatur in solchen Fällen sogar immer in Finnland, Nordrhein oder Nordschweden; diesmal aber war das nicht der Fall, diesmal entstand in Süddeutschland und die dortige Kälte. Am Morgen des 31. Dezember meldete der Wetterbericht als niedrigste Temperatur der beiden Küstenebenen über Nord- und Südlandinovation je 20 Grad unter Null, der Küsteneinsel am Weißen Meer 25 Grad und der Küsteneinsel über Südbadenland (Bogen) sogar 26 Grad unter dem Gefrierpunkt! Diese, in Deutschland gänzlich seltsame Kälte hatte Bamberg zu verzeichnen. So tiefe Temperaturen kommen für gewöhnlich nur im Winter Nordösters und der Polargebiete vor, wo allerdings auch 40 Grad und mehr unter Null eine häufige Ercheinung sind. Fast ebenso kalt war der 31. Dezember in Oldenburg, wo 20 Minuten ein Minimum von 24 Grad Celsius unter Null markierte.

Stadttheater. Der Arbeitsplan des Stadttheaters sieht für den Januar folgende Aufführungen vor. In der Oper: am 9. Januar: "Fidelio" von L. v. Beethoven, am 13.: "Rigoletto" von G. Verdi; am 29.: "Die Dame" von P. Tschauder (Erstaufführung). Im Schauspiel am 2. Januar: "Eugen und sein Kind" von G. Hebel; am 8.: "Im Klub" von K. Röhl und K. Heller; am 17.: "Ratten" von G. Hauptmann; am 31.: "King Lear" von W. Shakespeare, Schauspiel von Fritz Falk für die Operette am 28. Januar: "Die lächelnde Helena" von K. Offenbach. Beiprolog der von der Intendanten geplanten Vorstellung jüngster deutscher Dichter und Schriftsteller neuerer Zeitalter.

Werte steht es noch nicht fest, ob sie im Hoyer des Stadthauses vor sich gehen werden. Die Intendanten ist mit Herrn Museumsdirektor Heise in Verbindung getreten, um die Räume des Beinhause für diese Veranstaltungen zu gewinnen. Als Termin für den ersten Abend wurde zunächst Sonnabend, den 28. Januar festgesetzt. Da die Vorbereitungen bereits einer Klärung entgegenstehen, kann die Intendanten in den nächsten Tagen Näheres veröffentlichen.

Unterstützungen für Sozialrentner können in der ersten Januarwoche nicht gezahlt werden weil mit Rücksicht auf die geplanten erhöhten Postentnahmen keine Unterstützungsmitte vom Reich zur Verfügung gestellt sind. Um einen gewissen Ausgleich zu schaffen, gibt das Wohlfahrtsamt Arzno einiger Weise Bratscheine aus. — Die nächste Unterstützungszahlung wird zu den gleichen Tagen Montag, den 14. bis Mittwoch, den 16. Januar im Wohlfahrtsamt stattfinden.

ph. Die kleinen Teilhaber. Zwei Kaufmannslehrlinge schädigten ihre Lehrherren um beträchtliche Beträge. Sie hatten Liefercheinreiter bezahlte Neuverpflichtung empfangen. Gegen die Käufer der Liefercheinreiter ist ein Verfahren wegen Schadens eingeleitet. Drei der selben wurden festgenommen.

ph. Messe-Märkte. In der Silvesterwoche waren zwei junge Freude bei der Messestraße bzw. in der Breiten Straße in Street geraten, in dessen Verlauf ein Arbeiter aus Danzig seinem Besitzer mit einem Taschenmesser verletzt wurde. Der Käufer der Taschenmesser ist ein Verkäufer wegen Schadens verhaftet. Der Käufer wurde sofort dem Landesgericht überreicht und verbüßt die Strafe in der Haft. Der Käufer wurde freigesprochen.

ph. Von einem tragischen Unglücksfall wurde in der Silvesterwoche ein in der Kanalstraße wohnhaften Dienstmädchen erlegt. Als das Mädchen nachts gegen 3 Uhr seine im zweiten Stock befindliche Wohnung betreten hatte, öffnete es ein nach dem Hofe zu befindenes Fenster. Beim Drehen des Fensters stieg das Mädchen aber aus, und stürzte schwer auf das Holzbalken, wo es in schwerverletztem Zustand liegen blieb. Die Vermisstens wurde sofort dem Allgemeinen Krankenhaus zugeführt, doch verstarb sie auf dem Wege dorthin an den Folgen der Verletzung.

Seerey-Dänischburg. Die Ortsgruppen der sozialdemokratischen Partei hatten am Montagabend in einer Silvesterfeier eingeladen. Der Sozialdemokrat Goedt, war bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Feuerwehr unter Leitung des Genossen Tiedt, hatte ein eutes Programm zusammengebracht. Neben Gesang und Gedicht wurden zwei Theatervorführungen aufgeführt. Wegen des Weihnachtsmarktes wurde sofort ein Allgemeiner Krankenhaus zugeschickt, doch verstarb sie auf dem Wege dorthin an den Folgen der Verletzung.

Hinweise auf Versammlungen, Theater u. w.

Der Wuslerweier kann Freitag abend im Parteisekretariat abgeholt werden.

Jungsozialisten. Heute, Donnerstag, abend 6 Uhr: Generalversammlung.

14. und 15. Landdistriktsfest. Freitag abend 6 Uhr: Zusammenkunft im Sekretariat. Erscheinen aller Genossen dringend notwendig.

Stadttheater. Am Freitag Ab. Der Wissenschaftsverein. Sonnabend nachm. 3 Uhr Wiederholung des Märchens: Das gewandelte Teufelchen; abends: für die Volksschule; Die St. Vermaus.

Seni-Theater. Ab heute, Donnerstag, 7½ Uhr wird die alljährliche Volksoper "Der südliche Bauer" von Leo Fall gegeben. Spielleitung: Willi Raven. Musikalische Leitung: Fritz Dahm. Für Sonntag nachmittag 3 Uhr geladen als Kindervorstellung zu ganz kleinen Preisen, die auch für Erwachsene gelten, das reizvolle Märchen "Hänsel und Gretel" zur Aufführung. Es sei besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Eintrittspreise für die Abendvorstellungen um ein erhebliches erhöht sind.

Zubereitende Gebiete.

Hamburg. Der Streit um die neue Gewerkschaftszeitung ist erledigt. Der Ortsausschuß hatte in Verbindung mit dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund und dem Allgemeinen freien Angestelltenbund die Herausgabe eines eigenen örtlichen Gewerkschaftsorgans in die Wege geleitet. Durch dieses eigene Organ sollte der Versuch gemacht werden, die in der Arbeitsgemeinschaft herrschenden Gegebenheiten zu überbrücken und die Züge auszulösen, die dadurch entstanden wären, daß die einzelnen Gewerkschaftszeitungen infolge der finanziellen Schwäche der Gewerkschaften nicht mehr erscheinen könnten. Da nur das "Korrespondentenblatt" sowie die "Arbeitsrätezeitung" umgebaut zu einer wöchentlichen Gewerkschaftszeitung erweitert wird, erübrigt sich der Plan des Hamburger Ortsausschusses. Er stellt das Projekt der eigenen örtlichen Gewerkschaftszeitung zurück und nahm ein Vorab des Verlages des "Hamburger Echo" an, die "Freie Gewerkschaft" als Beilage des "Hamburger Echo" wieder erscheinen zu lassen. Die Zeilage wird wie früher vollständig unabhängig von der Redaktion des "Hamburger Echo" vom Ortsausschuss redigiert. Ihr Inhalt wird sich auf gewerkschaftliche, wirtschaftliche, politische, arbeitsrechtliche und sozialpolitische Fragen erstrecken, die unabhängig von jeder parteipolitischen Einstellung von gewerkschaftlichen Gesichtspunkten eine Beurteilung erfordern werden. Für den Inhalt der Zeilage ist der Ortsausschuss beziehungsweise der von ihm als Redakteur bestellte Genossen Friedrich Bauer verantwortlich.

Hamburg. Die bestragödie. Am Abend des Neujahrsabends spielte sich in einem Gasthof in der Großen Bergstraße eine Liebestragödie ab, die voraussichtlich zwei Menschenleben fordern wird. Man fand dort die Leiche eines Mädchens mit einer Schußwunde in der Brust und neben ihr einen durch Kopfschuß verletzten Mann. Es handelt sich um den Bauarbeiter Max Kasparowitz sowie um eine Wirtsmeierin aus Altona. Beide sind von Berlin aus nach hier gereist und haben dann einige Tage in dem Gasthof gewohnt und seines prompt bezahlt. Das Motiv der Tat ist nicht bekannt.

Von der Fürsorgefreiheit des Wohlfahrtsamtes.

IV. Besondere Fürsorgemaßnahmen. Endlich werden, wie schon erwähnt, seit Herbst 1923 vom Wohlfahrtsamt an kinderreiche Familien Brotdiäthilfe gegeben. Voraussetzung ist, daß das Einkommen

Geldentwertung sich ganz besonders hartnäckig bemerkbar mache, Lebensmittel aus Beständen nahezu unentgeltlich verteilt, die es sich sicher gesichert hatte und zwar 2000 Pfund Reis, 8500 Pfund Haferstroh, 5000 Pfund Gerste, 2000 Pfund Getreide. Diese Verteilungen sind ausschließlich mit überköstlichen Mitteln bezahlt worden. Ebenso eine Brotverteilung Ende Oktober an sämtliche Bedürftigen des Wohlfahrtsamtes. Alle diese Verteilungen sind den Bedürftigen auf ihre Unterstützung nicht angerechnet worden. Dazu kommen noch Verteilungen von Lebensmitteln, die von den Lübecker Landwirten gesammelt sind und in exakter Linie 1000 Pfund Haferstroh den Bedürftigen des Wohlfahrtsamtes zwangsweise gegeben sind. Auch die Deutsche Notgemeinschaft, Gruppe Lübeck, hat aus ihren Beständen, die aus Sammlungen besonders der Kaufmannschaft herkamen, 4500 Pfund Haferstroh und 2500 Pfund Reis verteilt. Die Gültigkeiten sind vom Wohlfahrtsamt ausgegeben worden. Für die Verteilungen selbst haben sich der Konsumenten und der Einzelhandel stets bereitwillig zur Verfügung gestellt. Auch erst hat das Wohlfahrtsamt gelegentlich seinen Unterstützungsangeboten, darunter privater Spenden, eine besondere Freude machen können, besonders zu Weihnachten. Sonderverwendungen von privater Seite werden vom Wohlfahrtsamt für seine Bedürftigen immer mit ganz besonderer Fürsorge entgegengenommen.

Ganz besonders schwierig war es im vergangenen Jahr, den Bedürftigsten rentabel den allernotärktischsten Wintervorrat an Feuerung und Kartoffel zu beschaffen. In früheren Jahren hat hier die private Wohlfahrtspflege erhebliches geleistet, insbesondere in der Feuerungsversorgung. Beispielsweise sind im vorjährigen Winter wiederholte Brüder an sehr weite verstreute Kreise verteilt worden, sowohl durch die Lübecker Altershilfe wie auch durch die Deutsche Notgemeinschaft. Im vergangenen Jahr waren die Bedürftigen für die Winterversorgung von einzelnen Zuwendungen von privater Seite abgesetzt, völlig oft die öffentliche Fürsorge eingeschworen. Schon im Frühjahr 1923 hat das Wohlfahrtsamt Mittel für den Einkauf von Feuerung angefordert. Den größten Teil der erforderlichen Feuerung hat es dann aus den von der Finanzbehörde für den Bedarf der Behörden noch zu günstigen Preisen erlaufenden Mengen zugewiesen erhalten. Zum Herbst wurde der Einkauf immer schwieriger und teurer, so dass tatsächlich nur ein Teil der erwünschten Feuerungsmenge in Brüder beschafft werden konnte. Rats war überzeugt nicht zu haben. Ein Ausgleich konnte zunächst nur dadurch geschaffen werden, dass größere Mengen Tors eingekauft und verteilt wurden. Insgesamt sind verteilt an Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene ungefähr 10.000 Rentner Brüder, an Sozial- und Kleintrentner 17.000 Rentner Brüder und 20.000 Rentner Tors. Dadurch ist es gelungen, jeden Haushalt dieser Kreise mit mindestens 8 Rentner Brüdern bzw. 5 Rentner Brüdern und 5 Rentner Tors zu versorgen. Das ist für den ganzen Winter gereicht, natürlich nur ein sehr bescheidenes Quantum. Weitere Verluste kann erneut bei der Finanzlage des ländlichen Staates unmöglich. Die Mittel für den Einkauf sind ausschließlich vom überköstlichen Staat aufgebracht. Das Reich stellte für Sozial- und Kleintrentner erst Vorzüglichkeit bereit, als die Feuerung selbst gefordert war und dann nur in völlig unzureichender Höhe. Den Bedürftigen ist dadurch eine große Vergünstigung zuteil geworden, doch sie den Preis für die Feuerung zwar von ihren Unterstützungen abgesetzt bekommen haben, aber zum größten Teil in entwertetem Gelde, so dass sie tatsächlich die Feuerung zu einem außerordentlich billigen Preis erhalten haben.

Litt die Feuerungsbeschaffung hauptsächlich darunter, dass in der Hauptzeit, in den Monaten August und Oktober, für ganz ungenügende Mengen nach Lübeck kamen, so lag die Schwierigkeit bei der Kartoffelbeschaffung an der allgemeinen Geduld. Die Lübecker Kartoffelhändler konnten in der ersten Zeit den Bedarf der Bevölkerung nur dadurch einigermaßen decken, dass unter Mitwirkung des ländlichen Staates Kredite der Reichsbank in Anspruch genommen wurden, die sonst nicht gegeben worden wären. Auf denselben Wege ist anfangs auch der Kartoffeleinkauf des Wohlfahrtsamtes finanziert worden. Die größte Schwierigkeit lag darin, dass die Erzeuger Zahlung in wertbeständigem Geld forderten und dieses damals noch nicht in genügender Menge zur Verfügung stand. Trotzdem ist es dem Wohlfahrtsamt gelungen, durch Benutzung der verschiedensten Wege, unter anderen auch durch Landwirtschaft mit Kunstdünger usw., zunächst etwa 12.000 Rentner Kartoffeln zu beschaffen, von denen auf den Kopf der unterstützten Personen 1½ Rentner verteilt werden konnten. Hier waren Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene im Vorteil gegenüber den Klein- und Sozialrentnern, weil für sie ein Vorschuss vom Reich überwiesen wurde, der nicht wertbeständig zurückgezahlt werden brauchte. Deshalb konnten diese Kreise die Kartoffeln wesentlich unter dem Einkaufspreis erhalten, während die sonst in Anspruch genommenen Kredite wenigstens einigermaßen dem Geldwerte nach zurückerzahlt werden mussten. Die Reichsvorschüsse, die für die Sozial- und Kleintrentner überwiesen wurden, waren auch hier so gut wie ein Nichts, doch ist auch diesen Bedürftigen die Rückzahlung der Vorschüsse dadurch erleichtert, dass sie ihnen in Raten von den Unterstützungen abgezogen wurden und

Freitag 7½ Uhr: Drei öffentliche Vorlesungen Gewerkschaftshaus: Redner: Reichstagsabg. Molterbaur, Dr. Leber. Kolloseum: Redner: Reichstagsabg. Henke, Alfred Breger. Konzerthaus Lübeck: Schauspiel-Veranstaltung Redner: Landtagsabg. Frau Nemitz, Aug. Haut.

allen Kreisen innerhalb vom Wohlfahrtsamt ein Preis in Anrechnung gebracht werden konnte, der unter dem Tagesspreis lag. Zum Frühjahr ist noch einmal eine Kartoffelverteilung, möglichst in gleicher Höhe, in Aussicht genommen. Der ländliche Staat hatte zur Finanzierung des Kartoffelgeschäfts einen Kredit von 40.000 Goldmark zur Verfügung gestellt, der zum größten Teil wieder eingeholt ist und jetzt erneut zum gleichen Zweck verwendet werden kann. Diese Kreditgewährung reicht zu einer Zeit, in der die ländliche Staatshilfe oft nicht mühte, woher sie das Geld für die dringendsten Ausgaben des Tages, wie Beamten- und Arbeiterbeoldung, nehmen sollte. Um so höher muss es ihr angesehen werden, dass sie es trotzdem, fast ohne jede Entlastung durch das Reich oder die private Wohlfahrtspflege fertig gebracht hat, die gesetzte Feuerungs- und Kartoffelverpflichtung von 9000 Personen zu finanzieren. Freilich wird auch die Winterversorgung durch das Wohlfahrtsamt in vielen Fällen nicht ausreichen, um die Empfänger durch den Winter zu bringen, sondern bedarfsträchtig der Ergänzung durch private Maßnahmen, wie sie in der Gründung von Wärmehäuschen und Speisungseinrichtungen bereits eingesetzt sind.

V. Die Organisation der Fürsorge.

Die vorliegenden Ausführungen geben ein Bild davon, was die Fürsorge des Wohlfahrtsamtes finanziell leistet. Damit allerdings die eigentliche Fürsorgedienstleistung keineswegs erledigt. Ein sehr wichtiger Zweig derselben besteht in den Vermittlungen, eben noch irgendwie erwerbsfähigen Bedürftigen Arbeit zu verschaffen. Diese Tätigkeit ist besonders ausgebaut in der Arbeitsvermittlung für Schwerriegs- und Unfallbeschädigte; aber auch z. B. für Sozial- und Kleintrentnerinnen vermittelt das Wohlfahrtsamt im Zusammenhang mit privaten Kreisen nach Möglichen Handwerkern und Bergleuten. Hier erweist sich überall die enge Verbindung des Wohlfahrtsamtes mit der Arbeitsschule besonders segensreich. Die Einrichtungen der Arbeitsschule, wie Arbeitsnachweis, Berufserziehung, Arbeitsbeschaffung, stellen sich öfter weiter in den Dienst der Fürsorge. Auch sonst zeichnet sich die ländliche öffentliche Wohlfahrtspflege, wenngleich soweit sie im Wohlfahrtsamt vereinigt ist, durch wirtschaftliche und straffeste Zusammenfassung aus. In anderen Orten sind die Aufgaben der Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, der Sozialrentnerfürsorge, Kleintrentnerfürsorge, Flüchtlingsfürsorge usw. vielfach verschiedenen Stellen übertragen, die nicht immer reibungslos mit einander arbeiten und deren Nebenanderbestehen jedenfalls nicht die wirtschaftlichste Ausnutzung der persönlichen und sachlichen Kräfte und Mittel gewährleistet. In Lübeck arbeitet getrennt vom Wohlfahrtsamt nur die Armeenfürsorge, die für alle Bedürftigen zuständig ist, die nicht unter die oben geschilderten Gruppen fallen. Im Wohlfahrtsamt sind die verschiedenen Fürsorgeabteilungen nicht nur an der obersten Spitze, neben dem Wohlfahrtsamt und seiner Leitung, einheitlich zusammengefasst, sondern vor allem auch in der eigentlichen praktischen Fürsorgearbeit an der "Front", d. h. in der Beratung und Unterstützung der Fürsorgeeltern selbst durch die Bezirksfürsorge. Das Lübecker Stadtgebiet ist in Abteilung an die alten Kirchspiele in neuen Fürsorgebezirke aufgeteilt, von denen jedes von einer geschulten Fürsorgerin verwaltet wird. Jede Fürsorgerin steht ein Stab von Ehrenbeamten und im Bedarfsfalle, z. B. bei größeren Auszahlungen, auch das erforderliche Büropersonal zur Seite. In mehreren Nachmittagen in der Woche hat die Fürsorgerin im Bezirk, in der Regel in einer Schule, ihre Sprechstunde, in der die Anträge aufgenommen und die Entscheidungen den einzelnen Fürsorgeabteilungen mitgeteilt werden. Zweimal im Monat ist Zahlungstag im Bezirk. Zur Zeit der schnellen Geldentwertung wurden die Unterstützungen wöchentlich gezahlt. Dadurch wurden die Fürsorgerinnen, die neben dem Wohlfahrtsamt noch dem Jugendamt und den Schulen

für die Kinderfürsorge zur Verfügung stehen müssen, mit dieser unproduktiven Arbeit und Auszahlungsarbeit belastet. Wie weit durch bestehende Reichsgesetze die Fürsorgearbeit weiter vereinfacht und die unterschiedliche Behandlung von verschiedenen Gruppen von Bedürftigen etwa ausgleichen werden wird, ist noch nicht bekannt. Nötig werden jedenfalls soje Vereinbarungen, wenn auch auf dem Gebiete der Fürsorge der angekündigte Beamtenabbau ermöglicht werden soll. Vor allem aber wird das Wirtschaftsleben erst wieder in Gang gebracht werden müssen, dann nur dann wird die beste Wohlfahrtspflege wieder einfangen können; die Selbsthilfe der Bedürftigen oder ihrer Angehörigen. Dann wird man auch die Fürsorge zum guten Teil abrufen können, die in den letzten Monaten einen ganz ungünstig großen Umfang angenommen hat und leider noch immer weiter anwächst.

Selbstschaften.

Kampfbedingungen.

Das geschichtliche Werden gleicht dem Weltensatz des Meeres. Dem triumphierenden Aufstauen zum blauenden Weltentwurf folgt das hinabgleiten, das aber nur der Untergang zu einem Auschwung ist. Welle auf Welle zerfällt und er hebt sich immer wieder in ewige Bewegung.

Die letzten Monate waren für die Arbeiterbewegung nz. insbesondere aber für die Gewerkschaftsbewegung, vergleichbar dem Zustandsfall des Meeres. Schlag auf Schlag laufen die zerstörenden Wirkungen der Geldentwertung und der von dieser wesentlich erzeugten Wirtschaftskrise auf die deutsche Arbeiterschaft herab. Die Arbeitersorganisationen, als Gesamvertretung der Lohnarbeiterchaft, müssten in ebenso starkem Ausmaße wie die Arbeiter als einzelne unter der Geldentwertung und der Wirtschaftskrise leiden. In wachsendem Maße entfernen sich die Löhne von den Preisen, und da die Beiträge den Löhnen angepasst, aber erst nach der Lohnzulage entrichtet werden und mit oft nicht unerheblicher Verspätung eintreffen, befahren die Gewerkschaften, wie alle Einrichtungen der Arbeiterschaft, die verheerenden Folgen der Geldentwertung besonders zu fühlen.

Dazu fügen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Wenn der Arbeitslose oder der Kurzarbeiter eine wenn auch unzureichende Unterstützung bekommt, für die Arbeiterorganisationen bedeutet Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit verringerte Einnahmen und erhöhte Ausgaben.

Zu der finanziellen Wirkung der Wirtschaftskrise gesellt sich eine der Schärfe der Krise entsprechende geringere Stärke der Organisationen. Es ist eine sehr alte Erfahrung, die jeder schon erprobt hat, dass die Unternehmer bei einem Zuschlag des Wirtschaftspreisgrades ihre Anstrengungen gegenüber den Arbeitern und Angestellten höher schrauben, während diese die Löhne zurückzuhören müssen. Das trifft auch auf die Gewerkschaftsvertretung der Arbeiterschaft zu. Wenn drei Viertel der Arbeiter rats oder teilweise arbeitslos sind, können die Gewerkschaften nicht die Arbeitsbedingungen verketten. Dieselbe Wirkung macht sich auch sozial und politisch geltend. In einer solchen Periode sind die Unternehmer besonders angriffslustig. Sie wünschen nichts sehnlicher als große Kämpfe. Wenn von den vorwärtsdrängenden Elementen der Arbeiterschaft gegenwärtig der Partei und den Gewerkschaften zum Vorwurf gemacht wird, sie hätten ihren Kampfcharakter verloren, so kann man wohl sagen, dass die soziale und politische Reaktion im Grunde der gleichen Instinkt ist. Sie wünscht jetzt nichts sehnlicher als den Kampf auf breiter Grundlage.

Hat man aber jemals einem militärischen Gefecht, aber den Vorwurf der Unfähigkeit gemacht, weil er einem überlegenen Feinde gegenüber einer Schläfe auswich und einen geordneten Rückzug antrat? Die große Überlegenheit eines Strategen zeigt sich gerade im taktischen Geschick, einer sicheren Niederlage ausweichen zu können, die feindlichen Kräfte zu spalten und die eigenen zu sammeln, um im geeigneten Augenblick und am geeigneten Ort wieder zum Angriff überzugehen. Während der letzten Wochen und Monate die von den Scharkmätern immer wieder angebotene Schlacht annehmen, würde in Wirklichkeit bedeuten haben, die Arbeiterschaft hineinführen in eine vernichtende Niederlage.

In diesem Augenblick sind wir über den tiefsten Punkt der Wirtschaftskrise wahrscheinlich schon hinweg, wenn auch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit noch währen, wenn sich auch die politische Reaktion noch breit macht. Wie wir scheinbar immer tiefer in Recht und Käste versinken, während unsere nördliche Ecke sich wieder der Sonne zu nähern anstellt.

Die ersten Anzeichen des kommenden Aufstiegs machen sich bereits bemerkbar. Eine neue soziale Welle hebt an. Das wissen die Scharkmäter im Unternehmertag. Sie kennen sehr genau ihre eigenen Schwächen. Sie kennen den Gegensatz zwischen Schwer- und Fertigindustrie der kaum noch zu überbrücken ist. Sie wollen die ihnen noch günstige Periode ausnutzen, um diesen Gegensatz auf Kosten der Arbeiterschaft auszugleichen. Seit die Spekulation auf die Marktentwertung nichts mehr einbringt, leicht

Geist wann gibt es einen Winter auf Erden?

Wenn die weißen Glocken vom schwerverhangenen Himmel herniederwirbeln und das Erdreich weitumher in ein winterliches Schneegewand hüllen, das oft genug der noch grünenden und blühenden Pflanzenwelt zum Sterbegewande wird, wenn Seen und Flüsse sich mit einer Eisdecke überziehen und der rauhe Ost durch die entlaubten Bäume brüllt, dann finden wir das alles ganz selbstverständlich und wägen, dass es immer gewesen sei und immer so bleiben werde. Aber das ers ist kurzlebig. Menschen ewig beständig, ewig unveränderlich Scheinende ist in Wahrheit doch nicht von Dauer, sondern wandelt sich unter dem großen Schrift der Zeit. Alles fließt, alles ist dem Wechsel unterworfen, lehrt schon der alte Heraclitus: Pflanzen, Tiere und Menschen ändern im Laufe der Generationen ihre Gestalt, ganze Geschlechter sinnen nach langen Zeiträumen in den Staub, die Wege verlieren, zerrißt vom Wasserstrom der Atmosphäre oder vom tosenden Sandsturm der Wüste, ihre Form, ja sogar das scheinbar Beständige, der gefügte Himmel über uns, ist, strenggenommen, kein Firmament, denn auch die Fixsterne wanzen alle ihre Bahn und verändern langsam ihre Lage zueinander. Diesem Naturgesetz ist alles unterworfen, was es gibt, es übt seinen Einfluss nicht minder aus auf die Jahreszeiten, auf das Jahr und auf den Tag.

Weit müssen wir allerdings in die Vorgeschichte der Erde zurückschauen, wollen wir zu dem Zeitpunkte gelangen, an dem es noch keinen Sommer und Winter, noch keine Jahreszeitenunterschiede gab. In ältester Zeit — man verlegt sie mindestens hundert Millionen Jahre zurück —, als der Erdball sich aus dem gasförmigen Urnebel zu einem selbständigen Weltkörper gesetzt hatte, schwieb er als glühende Kugel um das Zentrum der Sonne, besaß also aus seiner ganzen Oberfläche eine gleichmäßige, noch sehr hohe Temperatur. Indessen, auch in der Folgezeit, als sich die Erde durch Strahlung in den festen Welt Raum so weit abgekühlt hatte, dass sie sich mit einer festen Gesteinskruste überzog, blieb ihre Oberflächentemperatur noch lange viele Millionen von Jahren lang, überall dieselbe. Zwar wuchs der die beiden äquatoriale Zonen der Erde umgebende Eismantel vom arktischen durch mesozoische und meiozoische Zeitalter zu stetig größerer Mächtigkeit an, die war aber doch noch nicht so bedeutend, dass sie das Durchdringen der inneren Wärme ganz anzuhalten vermochte. Und so herrschte nach wie vor bis in den Beginn der kenozoischen

Periode, die Tertiär-Formation, auf der ganzen Erde ein durchaus gleichmäßiges Klima. Auch die Polarschicht, die infolge der seit Anbeginn veränderten schrägen Stellung der Erdachse zur Sonnenbahnbahn (Ekliptik) abwechselnd stets ein halbes Jahr lang von der Sonne weggewendet und ein halbes Jahr lang der Sonne zugewendet waren, hatten bis dahin im allgemeinen dasselbe Klima wie die Äquatorialzone, weil die Sonnenbestrahlung wegen der damals noch bestehenden viel dichteren Bevölkerung noch keine nennenswerten Temperaturunterschiede erzeugen konnte.

Im Anfang des Alttertiärs, in der Eozänzeit, muss sich nun der große Umschwung vollzogen haben: der Gesteinsmantel (Eiszeit) der Erde erreichte in dieser Bildungsperiode eine Mächtigkeit, die es der inneren Wärme nicht mehr gestattete, eine überall gleichmäßige Oberflächentemperatur hervorzubringen. Der Wärmemangel prägte sich naturgemäß zuerst in den Polarregionen aus, sobald sie sich von der Sonne abwandten, und damit hatte der Jahreszeitenwechsel begonnen. Zwar gab es damals noch weder Eis und Schnee, das Klima der höheren geographischen Breiten war aber doch in den "Winter"-Monaten schon so viel kälter, dass die bis dahin durchaus tropische Flora und Fauna nicht mehr fortbestehen konnte, sondern sich den veränderten Verhältnissen anzupassen musste. Allmählich nahm die vorher von der heutigen so grundverschiedenen Lebenswelt einen der gegenwärtigen immer ähnlicheren Charakter an, bis schließlich im Neotertiär schon zahlreiche Formen den jetzt lebenden glichen. Mit weiter zunehmender Eiszeit des Pleistozäns blieb endlich die Wärmezufuhr von innen so gut wie gänzlich aus, die Sonnenstrahlung allein erwärmt von nun an die Erdoberfläche. An den höheren Breiten, besonders in den Polargebieten, reichte aber die Sonnenstrahlung während der Wintermonate nicht aus, um die Temperatur über dem Gefrierpunkt zu erhalten, und so bildeten sich nach und nach beständig größere Eismassen, die zwar noch während der Sommermonate wieder fortshmolzen, bald aber auch die warme Jahreszeit überdauerten und schließlich zu den gewaltigen Gletschern anwuchsen, wie wir sie legen. Nach Beseitigung der Tertiärformation, am Schluß der Pliozänzeit, nahm die Vereisung und Vergletscherung der Erdoberfläche, wie es scheint, sogar eine noch größere Ausdehnung an als in der Gegenwart: mit dem Diluvium brach die Eiszeit herein, die anfanglich sehr scharf einzog, in der Folgezeit aber, unterbrochen durch wärmere Zwischenzeiten, langsam wieder abnahm und zu Ende ging.

In unseren mittleren Breiten besteht der ausgeprägte Jahreszeitenwechsel, insofern seit die kalte Winterszeit, damals seit dem Eintreten unserer Jahreszählung ein Zusatz, das mit dem Eintritt unserer Jahreszählung die Entwicklung des Menschen aus den Primaten der Affengeschlechter zusammenfällt. Das

Umweltwechsel des bis dahin gleichmäßig warmen Klimas zwang jene "Herrteniere", ihre frierenden Körper mit läufigen Hüllen, der ersten Kleidung, zu bedecken und sich zur Nahrungsbeschaffung mehr am Boden zu bewegen, statt auf Bäumen. So entstand durch die Verschärfung des Klimas der homo erectus, der aufrechtgehende Mensch, mit seiner primitiven Kultur, gewissermaßen eine Schöpfung des Winters. Eine Million Jahre mögen nach roher Schätzung seitdem verlossen sein. Es ist übrigens merkwürdig, dass die Edda die ersten Menschen auch aus dem Eis hervorgeholt sieht:imir, Bug und Bergelmir gehören zu dem Thors-Geschlecht, dem Geschlecht der Reitriesen. (Hdg. Tröbb.)

Anelboden.

(Aus: „Lachen links“, das republikanische Witzblatt.)

Herr von Kaiserow auf Kaiserow hatte geglaubt, ihn rüte der Schlag, als er bemerkte mußte, dass seine Frau Gemahlin als Unterde für ihren Benz ein prahlvolles Eisbärenfell verwandte. Es war nicht wegen des Gelbes selber... Es war auch nicht wegen der 30.000 Goldmark, die das Ding gekostet hatte... Vielmehr: „Bist du blödsinnig, Alische, haite Herr von Kaiserow zur Frau Gemahlin gesagt, „das willst du jetzt zeigen, jetzt, vor den Wahlen?“ *

In Preußen hat man vor einem Jahre Richtlinien für eine Modernisierung der Volksschul-Lehrpläne herausgegeben. In ihnen steht u. a. zu lesen, dass im Gelehrtenunterricht an Stelle der üblichen Fürtenderverhüttung eine Darlegung der wirtschaftlichen Faktoren als der eigentlich bewegenden Ursachen gesellschaftlicher Entwicklung gegeben werden sollte. „Für die höheren Schulen“, sagte Herr Oberlehrer Dumke, „kommt der Unsinn natürlich nicht in Frage. Man vergegenwärtige sich: Unter Isabella I. von Spanien entdeckte Columbus Amerika, unter Georg II. erfindet James Watt die Dampfmaschine, unter Maximilian IV. von Bayern errichtet Friedrich König seine Schnapsefabrik in Oberzell, unter Wilhelm dem Großen kontrahierten Reich und Bell die ersten Fernsprecher — erst kommt immer ein Fürt, und dann kommt das andere!“

Der alte Professor X. zu Y. war Sozialist. Toll, was alles so vorkommt! Und schließlich fragte ihn einer geradezu, warum er Sozialist sei. „Ja, Ihnen Sie“ antwortete der alte Herr, „erstens aus ökonomischen und allgemein ethischen Erwägungen heraus. Dann aber, wissen Sie — es ist das beste Mittel, sich die sogenannte gute Gesellschaft vom Hasse zu halten!“

sondern andere Profitmöglichkeiten. Diese können normalerweise nur in der Produktion liegen. Gesteigerte Produktion setzt vorzugsweise gesteigerte Konsumfähigkeit der Massen. Diese aber ist unverzüglich mit Wohnraum und Arbeitslosigkeit. Gesteigerte Produktion bedeutet aber zuletzt in Einfluss der Arbeiterschaft auf die Politik, nota bene, diese ist sich ihrer Mittel und Zielle bewusst, d. h. ausgesetzt, sie ist entwöhnt und geschlossen.

Die Voraussetzung dieser unerlässlichen G. K. ist und Entschlossenheit ist jedoch die Einrichtung in unserer Kampfbedingungen. Wenn die wirtschaftliche Kurve abwärts geht, dann muss gebremst werden, soll der Wagen nicht auf abschüssiger Bahn beschleunigen. Wenn rückwärts gegen die Erungenschaften der Arbeiterschaft Sturm gelauft wird, dann heißt es mehr als je neu zur Fahrt ansteigen.

Die Aufgabe der Stunde ist die Sammlung der Massen für ein sozialistisches Leben. Wir werden die Folgen der Wirtschaftskrise um so schneller überwinden, die Erfolge der reaktionären Wirtschaftspolitik um so mehr eindämmen, je stärker und geschlossen die Arbeiterorganisationen die Krise überwinden. Der Wiederaufstieg der Wirtschaftskurve wird nur in dem Maße ein Wiederaufstieg der Arbeiterklasse sein, in dem die Arbeiterklasse selbst gerüstet und gewappnet ist.

Auf die arbeitende Jugend!

Ein Jahr schwerer Arbeit und Not liegt hinter uns. Die arbeitende Jugend in Stadt und Land hat hart um ihr bishen gekämpft ringen müssen. Während eine Klasse von Verbrechen und Taten in anderer Form hinter zurück, verdrückt eine andere, die Klasse der Besiegten und Verlor, in unzähliger Entniedrigung und Unterordnung. Und welches Maß von Leid musste die Jugend erdulden. Ging eine Jugendgenossenschaft im völkermordenden Krieg gegen, so neuerungen und stieß eine ordete schon im Kindesalter durch die entzündete Habgier des Kapitals und der Rassehunden.

Über der physischen und moralischen Zersetzung durch den Deutschen Jugend und das deutsche Volk ist ja nun verurteilt durch eine planmäßige herbesgeführte Verarmung und durch eine oblichtliche Verzerrung der deutschen Wirtschaft. Schwerindustrie und Komfortum verschliefen damit zwei für sie wichtige Ziele: Erbauung der im November 1918 errungenen Volksrechte und finanzielle Ausbildung des deutschen Volkes. So haben Judenreiche und reichsgerichtliche Justiz die deutsche Arbeiterklasse in die Verfeindung der 1918 errungenen Rechte gebracht, um die Arbeiterschaft und die Juventum zum Sklaven ihrer Willkür zu machen. Das deutsche, gesittige und kulturell höchsthonende Großherzogtum musste viele Entniedrigung und Demütigung ertragen. Alle Mittel, von der Knebelung der Presse bis zur Gewaltmauer übernden Geheimnissen, waren den nobleren Kaufleuten, den Beauftragten der Industriezone und Karlsruher roden, die Arbeiterschaft niedergemäppert. Stadt- und Landarbeiter wollten man zwingen, für billiges Geld zu arbeiten und auf dem Ende das Januskriegs wieder errichten.

Doch nicht alle Südenräume des Reichs zeigten. Für die Arbeiterschaft in die Stunde der Offensiv gekommen. Der Unternehmer und Kaiser ist unter dem Gesetz des eigenen Unterfangens gespielt, die Wirtschaft wieder zu beleben. Das ist ein ehemaliges kapitalistisches Wirtschaftsunternehmen des Brüdervereins. Nicht aus Freundschaft zum Volke, obwohl am der Arbeiterschaft und der Arbeitersbewegung die letzten Faseln zu rütteln, verließ man den Grundungsbereich des sozialistischen und arbeitspolitischen Lebens heraustrifft, sondern nur am den eigenen Sitz zu reisen.

Wer mit der Gefürchtung der deutschen Wirtschaft wird auch die Arbeiterschaft wieder anstrengt. Da es doch eigner Bereich des sozialistischen Elementes, das nur ein wirtschaftlich und kulturell hoch entwickelter Professor Carl Kraft und Dr. Hermann aufzeigt, um die Überführung der kapitalistischen Produktionsweise in eine sozialistische Gemeinschaft zu vollziehen. Ein Professor, das täglich zehn und mehr Stunden geistig und körperlich überanstrengt wird, das hungernd und elend erleidet, wird niemals eine Geschäftsführerordnung mit noch entwickelter Wirtschaft herbeiführen und darf kein höheres politisches Leben führen können.

Im neuen Jahre dürfen wir darum nicht müßig sein. Uns belohnen die Jugend nicht. Sämt melden unsere internationalen Freunde aus England und Österreich große Erfolge der Arbeiterschaft. Das auch in Deutschland werden die guten Zeiten für den Sozialismus kommen. Die arbeitende Jugend kann hoffnungsvoll in die Zukunft blicken. Alles, was die ältere Arbeiterschaft streng und noch erlämpfen wird, soll aber von der Jugend in besserer Zeit erhalten und zur Weiterbildung gebracht werden. Eine Jungvolk mit dem Maßstab des Fabrikarbeiters gemessen, will die morgen hier die Freiheit.

Die Kampf über erfordert Waffen. Wir können uns je

zuhören in täglicher, verantwortungsvoller Mitarbeit. Arbeit, Bildung und Kampf; das sei die Parole für das neue Jahr. Und daraus aus der Reserve, arbeitende Jugend! Läßt die Stimme des Sozialismus im neuen Jahr lauter erschallen! Es gilt. Land Mecklenburg und Lübeck für die Arbeiterschaft zu erobern. Hoch unsere Fahnen, höher die Herzen. Die arbeitende Jugend muss kämpfen sein!

Besitzervorstand der sozialistischen Arbeiter-Jugend
Mecklenburg-Lübeck.

Theater und Musik.

Großspiel Else Buchholz

Als Else Buchholz vor etwa einem halben Jahr Lübeck verließ, um in ihrer Heimat Köln am dortigen Opernhaus einen größeren Wirkungskreis zu finden, da riefen ihr viele ein lautes und herzliches „Auf Wiedersehen!“ zu. Nun ist sie um die Jahreswende zu einem zweimaligen Großspiel nach hier zurückgekehrt, freundlich begrüßt von einem zahlreichen Publikum, das sie wegen ihrer begeisterten, liebenswürdigen Persönlichkeit und ihres unaufdringlichen, aus warmem Herzen und fröhlichem Geist mit quellenden Kunst so aufrichtig gern hat und ihr das auch zu erkennen gab. Die Marie im „Waffenrichmied“, die nette, mollige Bürgerstötz, das gesunde und von innigem Empfinden beeindruckende Mädchen, mischt ihrem Wesen mehr als die feste, unternehmungslustige Weise in der „Fledermaus“, die sie am Silvester zu verkörpern hatte. Sie fühlt sich wortlos wohl beim Heinewein als beim Sein. Sie ist längst aber nicht ausgeschlossen, kurz, sie ist zu anständig und nob für die Gelehrte in der Villa Orlowsky, wo der Narziss das Ziel des Strebens ist. Und die „Fledermaus“-Aufführung schwamm in der prächtigsten Silvesterstimming, zu der besonders die Herren Walter-Böhme und Kapp sehr beitragen. Keiner Biß auf sie! Danke allen Mitwirkenden und unermüdlich klatschend jene, die Else Buchholz vor dem eiserne Vorhang nach die vorsichtig leichten Grüße zwinken wollten. X.

Stadttheater.

Tannhäuser. Romantische Oper von Richard Wagner zu. Für das neue Jahr war diese Aufführung ein würdiges und verfehlungsvolles Festspiel: das Leidenschaftlich bewegte Tempo Paul Hellas' überholte am Schlusse des ersten Aufzuges schon vom Andante „Als du in fühlendem Seuge...“ an) gab fröhliche und dramatische Leben; logisch die eindrucksvolle, sene gewisse Gardekorpszweig tollkühn vermittelte Wiedergabe der Operettäreicherie des Dirigenten und den aufmerksam folgenden Mästern des Komplizen der Hörer. (Wie oft soll man es sagen: im Solo der Catarina darf der erste Ton der Triole mit dem vorangehenden Eis nicht gebunden werden. — Herzhaft, lebt doch einmal Wagner's Schaffen!) Die heimliche Leitung des Herrn R. Dau im Letzte die Bühne mit romantischem, satirisch fröhligem, belebt; pompos im zweiten Aufzug (noch alten guten Muster unterzeichnet — vertraglich festgelegter — Mitwirkung des „gewissen Schauspiel-Personals“, nur mit verschwenderischer Teppichpracht). Das Ergebnis der Hosen-Treibjagd im ersten Aufzug zeigte auf das Unfesch der ersten Muse des Dramas ein Völkeln. — Erfreulich und bebenlos, daß diese Aufführung ausdrücklich mit hiesigen Künstlern hergestellt wurde und, wie gezeigt, lebhaft und berechtigte Anerkennung fand: Herrn R. Dau bei z. 3. Tannhäuser verfügt über die stimmliche Wucht, welche die Partie erfordert: auch in leiner Tonbildung und Einheitlichkeit hatte der Sänger (von gelegentlichem Vorherigen abgesehen) gute Grundlagen für die nicht immer leichte Aufgabe. Fräulein Strobel's Stimme ist und darstellerische Sorgfalt und Einheit, unverkennbar durch eine ausziehende Bühnenzeichnung, gaben ein eindrückliches Bild der Eleganz und den wohlverdienten Anspruch auf den herzlichen Beifall. Eicher, dramatisch herhaft zuweilen lang fröhlich. Ob die die anmutige Teufelinne Frau Venus. Dem Wolfram des Herrn v. Bechtolsheim hätte eine weichere, leicht berührende Linie nicht geschadet, aber auch dieser Sänger bewies überall Geschmack und musikalische Bildung. Die gründliche Parie des Vantagten gestaltete Herr Jürgs eindrucksvoll, im Sänger-Ensemble hörte man die klangenreichen Stimmen der Herren Hartmann und Beckmann.

Vermischte Nachrichten.

Eisenbahnmäuse. Aus Mainz wird berichtet: Am 2. Januar fuhr der von Wiesbaden kommende Schnellzug vor dem Zielwerk 4 in den von Singen kommenden Personenzug hinein. Bisher sind etwa 20 Verletzte festgestellt. Das Unglück soll auf das Versagen des Signalapparates, verursacht durch Schneefälle

und Frost, zurückzuführen sein. — Breslau, 2. Januar. Gestern abend fuhr auf dem Bahnhof Trebnitz an der Strecke Koberwitz-Hedersdorf ein Schneezug, bestehend aus Lokomotive und Schneepflug, auf einen festgefahrenen Personenzug auf. Der Packwagen und ein Personenwagen entgleisten. Ein Bahnunterhaltungsarbeiter wurde getötet, zwei Zugbeamte schwer und zwei Reisende leicht verletzt. Der Sachschaden ist erheblich.

15 Häuser in einer Lawine. Durch einen Lawinensturz wurden, wie aus Nirolo gemeldet wird, 15 Häuser zum Teil schwer beschädigt. Personen sind nicht verletzt worden. Durch den Umschlag der Bitterung, im besonderen durch das Eintreten starken Frostes, ist die Gefahr weiterer Lawinenstürze vorläufig behoben.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Zum Stemmelberg.

(Gedanken eines Arbeitslosen.)

Wochenlang gärt es unter den Arbeitern im Großbetrieb. Es wird von Massenentlassungen gemunkelt. Truppweise wurden die Arbeitshilfen schon im Hochsommer entlassen. Nutzlosen. — Mit einem Male naht das Verhängnis. Nebenall Unruhe. Verbitterung. Gleichgültigkeit: zuletzt stoisch: Ruhe, die sich bis zur Überraschung steigert. Fast gleichzeitig wird der Entlassungsschein nebst Nullenschein in die Tasche gesteckt. Der Schreden aber über Kommandos glimmt. Bei voller und Kurzarbeit hungrig oder erwerbslos hungrig ist fast gleich verzweiflungsvoll. Die Behnus begleitet mich beim Anblick der langen Schlange an der besten Mannesalter vor dem Stempelgebäude stehenden Menschen. Über nur einige Male. Dann ist das Herz abgestumpft. Ungewissheit herrscht noch, ob der Antrag auf Unterstüzung angenommen wird. Banges Warten auf die paar Scheine und Hungern bis zur Tollkühnheit — zwangsmäßig. Stattbüßen und Kartoffeln, in Wasser gekocht, sind Leidmahlzeiten! Dazu die langen Abende. In ganzen Straßenzügen der vorstädtischen Arbeiterviertel ist es dunkel. Gas und andere Lichtquellen sind teuer. Dummkopf und sitzt der Erwerbslose. Kurz- und Vollarbeiter, alle Sorten Rentner, Beamte z. j. in der kalten Stube, oder Küche und sitzt die blonde Mondscheibe am abendlichen Himmel an. Es ist zum Verzweifeln! Der letzte Sorgenbrecher, das Pfirsich-Cabat ist ausgegangen wie die Hochöfen an der Riese. Nebenall — fast im Heim, um die Nase und im Herzen. Und Finsternis dazu! Selbst die Zeitung, die Hauptlektüre nach des Tages langer angestrengter Arbeit mangelt. Erfolgslos ist die leichte zeitige Anregung auch für den körperlich Darbenden!

Voll Zährrinn und Haß hält der Arbeitermann die Hände und schaut aus kalter Stube und kaltem Herzen zum Fenster in die Mondscheinlandschaft hinaus, um sich an dem einzigen noch übrig gebliebenen Licht unentwegt zu erfreuen. Herrliches kapitalistisches Zeitalter!

M. St.

Marktberichte.

Getreide. Hamburg, 2. Januar. (Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.) Die Tendenz des heutigen Marktes neigte nach oben. Vereinzelt Abschlüsse sind zustande gekommen, trotzdem wird das Geschäft durch die Geldknappheit beeinflußt. Preise in Rentenmark per 1000 Kilo: Weizen 160—166, Roggen 144—150, Hafer 132—140, Gerste 166—170 ab Inland. Station: ausländische Gerste loko 168—170, Mais loko 167—169 frei Waggon. Oftuchen fest und bei anziehenden Preisen gut gefragt.

Getreide und Stroh. Hamburg, 2. Januar. Im Großhandel stellt sich der Preis für: Weizenhau. loko 2,00, geprägt 2,90, Getreidesstroh, gebündelt 5 Mk., Preistroh 8,75 (alles per Rentenmark). Tendenz: ruhig.

Kleinhandelsnotierungen des Hamburger Handels. Hamburg, 2. Januar. Hafer 9,00, Mischfutter 8,00, Häcksel 8,75, Weizenhau gebündelt 5 Mk., Preistroh 8,75 (alles per Rentenmark).

Futtermittel. Hamburg, 2. Januar. Mais loko in Rentenmark 8,25; Reisfuttermehl (24 roh), Januar-Februar 1,40 Dollar; Balmfutter, Januar-März, in Holl. Gulden 7,45; 1,40 Dollar; Balmfutter, loko in Rentenmark 4,00. Tendenz: stetiger bei kleinem Geschäft.



Beitragsmarken für Vereine und Gewerkschaften

fertigt an und liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung.
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Geschäftsbücher Schreibblocks Rechnungsblocks Quittungsblocks

Kuverts

Klebemarken

Kellnerbonsbücher

Tinte, rot u. schwarz

Leim, gute Qualität

Bleistifte, Kopierstifte

Federn, Federhalter

zu haben in der (3762)

Buchhandlung

Lübecker Volksbote.



Seifen und Waschmittel

aus unseren eigenen Seifenfabriken

Gröba und Düsseldorf vereinigen in sich

Preiswürdigkeit und Güte.

Zu beziehen nur durch die Abgabestellen des

Ronsumvereins
für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.

Pierre-, Kuh-, Kroll- u. Schweins-
Haare
taufen höchstens
Gebr. Wagner
Untermarktstraße 26,
Hohenstaufen 8. (In 1065
Fernsprecher 5414)

Infraate
nach nur
an unsere
Geldmittelfette
aufzuliefern oder an
diese zu richten.

+ Mengelt +
Säure, Soda
Säureformen
in unser
Gebr. Wagner
in 6 bis 6
Zentn. Gebr.
Büro, 1065
Burchardstrasse 26.
Lienz, 1065
Fernsprecher 5414
Adler-Apotheke
Bücher, Ch. Mengelt, 1065